61. Montag den 12. März 1860. 61.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 11. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Den Pfarrer Fischer in Bordzichow zum Superintendenten der Diözese Stargard-Berent, und den Pfarrer Merlecker in Osterode zum Superintendenten der Diözese Osterode zu ernennen; so wie dem Apotheker Balduin Ludwig zu Krossen das Prädikat eines K. Hof-Apothekers zu verleihen.

Se. K. H. der Prinz Albrecht von Preußen ist von Dresden angekommen.

Nr. 62 des „St. Anz.s“ enthält Seitens des K. Ministeriums des Innern einen Zirkularerlaß vom 22. Dez. 1859, betr. die Annahme der Zöglinge der Realschulen als Zivilsupernumerarien bei den Provinzialbehörden; so wie eine Verfügung vom 1. Januar 1860, betr. die Ausdehnung der den hülfsbedürftigen Familien zum Dienste eingezogener Reserve- und Landwehrmannschaften von den Kreisen zu gewährenden Unterstützungen auf die Familien der Trainsoldaten.

Telegramme der Posener Zeitung.

Turin, Sonnabend, 10. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Modena war General Wildenbruch daselbst eingetroffen. — Es kommen eine Menge Landleute in die Stadt, um ihre Namen in die Wahllisten einzutragen. Die Geistlichkeit von Modena hat eine Adresse an den Gouverneur gesandt, in der sie ihre Wünsche für die Annexion ausspricht.

Wien, Sonntag, 11. März Vormittags. Gegen den Direktor der östreichischen Kreditanstalt Herrn Richter ist eine gerichtliche Untersuchung verfügt worden. Der Verwaltungsrath zeigt an, daß die Kreditanstalt dabei gänzlich unbetheiligt sei und daß deren Geschäfte einen ungestörten regelmäßigen Fortgang haben.

Paris, Sonntag, 11. März Nachmittags. Der „Siècle“ hat eine erste Verwarnung erhalten wegen eines am 9. d. M. gebrachten Artikels, welcher Angriffe gegen die Grundprinzipien des Christenthums enthält.

Berichte aus Chambery vom gestrigen Tage melden, daß eine Proklamation der Gouverneure von Chambery und Annecy in allen Gemeinden Savoyens angeschlagen worden sei, welche die Bevölkerungen benachrichtigt, sie würden berufen werden, darüber abzustimmen, ob sie mit der sardinischen Monarchie vereinigt bleiben wollen oder die Annexion an Frankreich wünschen nach dem von dem Parlamente festgesetzten Modus. (S. Nr. 60.)

(Eingegangen 12. März 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 11. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Die Königin hörte heute Vormittag mit mehreren hohen und fürstlichen Personen die Predigt in der Friedenskirche zu Potsdam und machte darauf mit ihrem hohen Gemahl bei dem trocknen Wetter eine Spazierfahrt. Mittags wollten der Prinz-Regent und die Prinzessin von Preußen der Königin einen Besuch machen, doch ließen sie wiederum absagen. Wie ich erfahre, ist dies darum geschehen, weil der Prinz-Regent in den ersten Tagen dieser Woche Truppenbesichtigungen in Potsdam abhält und alsdann der Königin täglich seine Besuche machen will. Zur Tafel waren von der Königin der Präsident a. D. v. Kleist und die Generale v. Neumann und v. Willisen geladen worden. Der Prinz-Regent hat in den letzten Tagen sehr angestrengt gearbeitet und viel mit den Ministern konferirt. Man brachte dies mit der Vorlage, die Armeeorganisation betreffend, in Verbindung und wie ein Flugfeuer ging das Gerücht durch unsere Stadt, die Vorlage solle zurückgezogen werden; ich habe jedoch nirgends dies Gerücht bestätigen hören. (Ist auch schwerlich daran zu glauben. D. Red.) Gestern Nachmittags 5 Uhr hörten der Prinz-Regent, die Prinzessin von Preußen, die Prinzessin Karl und andere hohe Herrschaften den im wissenschaftlichen Verein in der Singakademie vom Dr. Gosche über Palmyra und Zenobia gehaltenen Vortrag und fuhren darauf nach dem Victoriatheater, wo zum ersten Male „Il Trovatore“ gegeben wurde. Nach dem Schluß der Vorstellung war im Palais Theegesellschaft, zu der die Fürstin von Fürstenberg, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern und andere distinguirte Personen geladen waren. Heute Vormittag arbeitete der Prinz-Regent mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz, die Prinzessin von Preußen wohnte mit dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm dem englischen Gottesdienste im Schlosse Monbijou bei; in der Dreifaltigkeitskirche war die Prinzessin Karl, der Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandrine besuchten die Matthäikirche, Mittags ergingen sich die hohen Herrschaften im Thiergarten und bei der Rückfahrt zur Stadt machten die Prinzessin von Preußen und die Prinzessin Friedrich Wilhelm der Fürstin von Fürstenberg einen Besuch. Um 4 Uhr war Familientafel beim Prinzen Friedrich; mit den Mitgliedern der königlichen Familie erschien an derselben auch der Prinz Albrecht, welcher gestern Morgen von Dresden hier eingetroffen ist; außerdem nahmen an derselben Theil der Prinz August von Württemberg, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, dessen beide Söhne, Erbprinz Leopold und Prinz Karl, Herzog Wilhelm von Mecklenburg, der Nachmittags aus Brandenburg hier eingetroffen war, die hess. Prinzen und andere hohe, unserm Königshause nahestehende Herrschaften. Abends wollten die Prinzen und Prinzessinnen das Opernhaus besuchen und darauf im Palais des Prinz-Regenten den Thee einnehmen. — Der Prinz-Regent hat befohlen, daß der Mutter der an den Brandwunden verstorbenen Tänzerin M. Hoelke lebenslang das Gehalt gezahlt werde, welches die Tochter seither bezogen hatte; auch die Prinzessin von Preußen hat der Mutter ein ansehnliches Geldgeschenk einhändigen lassen. — Der General-Feldmarschall v. Wrangel gab heute Nachmittag ein großes Diner. Unter den Gästen befanden sich der Fürst von Hohenlohe-Oehringen, der Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, der Herzog von Ratibor und andere fürstliche Personen, sowie mehrere Generale und Landtagsmitglieder. Unter den Militärs ist davon die Rede, daß der Prinz Friedrich Karl das Kommando des 3. Armeekorps erhalten und alsdann theils hier, theils in Potsdam seine Residenz nehmen werde. Dem zeitigen Kommandanten, General Fürst W. Radziwill, soll die Würde eines Oberst-Kämmerers zugedacht sein. — Bekanntlich werden die alten Militärgepäck- und Transportwagen ausrangirt und dafür neue von besserer und zweckmäßiger Konstruktion gebaut. Schon wiederholt sind solche von hier nach Magdeburg geschafft worden und heute Abend gingen wieder sechs dorthin ab. — Der Architektenverein begeht am 13. Schinckel's Geburtstagsfeier in Arnim's Hotel. — Der Oberpostdirektor Schulz ging mit dem Plane um, die Stadtpost-Expedition in der Zimmer-, Jakobs-, Schadow- und Weinmeisterstraße in der Weise zu erweitern, daß dieselben auch zu Annahmestellen für Päckereien eingerichtet werden sollten. Das Publikum, namentlich das geschäftstreibende, war natürlich über dies neue Projekt sehr erfreut und harrte mit Ungeduld der Ausführung. Jetzt erfahren wir nun, daß dieser Plan von der vorgesetzten höchsten Behörde sistirt worden ist. Das Motiv der Sistirung soll in den bedeutenden Kosten, welche das Unternehmen erfordert und in den Abänderungen zu suchen sein, welche den Postgesetzen bevorstehen. — Der frühere Direktor der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn besitzt bekanntlich im Wildpark zu Potsdam Treibhäuser mit den seltensten und prachtvollsten Gewächsen. Eine große Anzahl derselben wandert alljährlich nach allen Himmelsgegenden, namentlich ist es aber Rußland, daß sich solche aus Potsdam kommen läßt. Jetzt hat ein russischer Fürst, dessen Besitzungen in der Nähe von Wilna liegen, durch seinen Garteninspektor für ca. 4000 Thaler Pflanzen, Sträucher ꝛc. ankaufen lassen. Dieselben werden in diesen Tagen in einem Güterwagen direkt nach Königsberg geschafft und von dort aus per Achse nach ihrem Bestimmungsort befördert.

♈ Berlin, 11. März. [Der Eynattensche Prozeß; die Beilage zu einem Konsulatbericht aus New-Orleans.] In einem Schreiben aus Wien heißt es: „Der Prozeß gegen den FML. und Geh. Rath Frhrn. August v. Eynatten zieht auch jetzt, nachdem der letztere seinem irdischen Richter sich entzogen, noch sehr lebhaft die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Natürlich verlautet vor der Beendigung der Untersuchung Nichts über die Einzelheiten. Man ist sehr gespannt darauf, wie weit es sich bestätigen wird, daß noch drei andere hohe Militärs und mehrere hohe Beamte, wie es bei solchen Vergehen der Vorgesetzten meist vorkommt, mehr oder minder kompromittirt sind. Der Frhr. v. Eynatten gehörte einer alten vornehmen, aus Brabant stammenden Familie an, die schon vor 150 Jahren vom Kaiser Joseph I. das Baronat erhielt, aber in den politischen Erschütterungen, durch welche die Niederlande heimgesucht wurden, ihre Güter verlor. August v. Eynatten zeigte in der Jugend große Anlagen, die sich durch eine vortreffliche militärische Erziehung glänzend entwickelten, so daß er nach und nach bei mehreren Generalen, zuletzt bei dem Hofkriegsrathpräsidenten, Grafen Hardegg, verwendet wurde. Dadurch stieg er im frühesten Mannesalter schon zu den höchsten militärischen Stellen. Als der Hofkriegsrath neu organisirt und durch kais. Befehl vom 17. Februar 1851 in das Armee-Oberkommando verwandelt war, ward er der 4. Generaldirektion, welche die 5. und 6. Sektion umfaßt und die Centralbehörde aller ökonomischen Angelegenheiten des Militärstaates bildet, als Chef vorgesetzt. Diese Stellung war schon durch alte Abwickelungen und vielfach nöthige Reformen (besonders auf dem Gebiete des Feldkriegskommissariats, im Verpflegungswesen und in der Magazinverwaltung, die ein Heer von Beamten hatten, und nun neue Abtheilungsinspektoren erhielten) schwierig, und sie wurde es noch mehr, als der Krieg begann. Was die Magazinverwaltung betrifft, so war noch in neuerer Zeit die Gewissenlosigkeit der Verwalter, Adjunkten und Assistenten fast sprüchwörtlich. Wir werden Gelegenheit nehmen, aus derselben Quelle Näheres über diesen merkwürdigen Fall zu berichten, sobald es geschehen kann, ohne der Untersuchung vorzugreifen. Was aber das Treiben jener Militärbeamten in der Vergangenheit anbetrifft, so dürfte hier folgende interessante Anekdote an ihrer Stelle sein. Kaiser Franz, der Großvater des jetzigen Kaisers, trat eines Tages im Vorübergehen in die Stephanskirche, um ein stilles Gebet zu verrichten. Beim Zurückgehen bemerkte er, daß vor einem Seitenaltare ein sehr wohlgekleideter dicker Mann kniete, eifrig betete und sich in tiefer Zerknirschung heftig an die Brust schlug. „Wer mag der arme Sünder sein?“ sagte der Monarch zu seinem Begleiter, dem Oberstkämmerer Grafen Wrbna; da antwortete dieser mit gewohnter Offenherzigkeit: „Aller Wahrscheinlichkeit nach einer Ihrer Magazinverwalter.“ — Vorgestern wurde uns eine interessante gedruckte Beilage zu einem Konsulatsbericht aus New-Orleans zur Einsicht mitgetheilt, einige Bläter eines Census aus dem gegen Weihnachten erschienenen American-Almanac für 1860. Nach den neuesten offiziellen Quellen sind hier folgende Angaben über die gegenwärtigen Verhältnisse der bis auf 43 angewachsenen Staaten und Territorien der nordamerikanischen Republik gemacht. Nachdem im vorigen Jahre das große Oregon-Gebiet dem Staate einverleibt worden, ist sein Gebiet bis auf 130,000 geogr. Q. Meilen angewachsen mit einer freien Bevölkerung von 25 Mill. und fast 4 Mill. Sklaven. Im Augenblick ist die Regierung damit beschäftigt, die von Mexiko erworbenen Landschaften unter dem Namen Arisona, das ehemalige dem Staate Minnesota angehörige Territorium, unter dem Namen Tacuta, und mehrere von Kalifornien abgezweigte Landschaften, unter dem Namen Colorado, den Bundesstaaten einzuverleiben und sie zu organisiren. Bei der Repräsentation sind auch die Sklaven betheiligt, aber 5 Sklaven gelten nur so viel, wie 3 freie Personen. Auch aus den genannten neuen Provinzen werden schon jetzt Abgeordnete zum Kongreß zugelassen, doch sind sie vor der Hand noch ohne Stimmrecht. Die Finanzkrisis scheint fast ganz überwunden, wenn auch noch nicht vergessen. Handel und Schiffsbewegung hatte 1859 wieder bedeutend zugenommen. Von den fremden Ländern, mit denen die Freistaaten in Verbindung sind, standen auch im letzten Jahre Großbritannien und seine Kolonien wieder obenan; ihm folgte unmittelbar Spanien mit Kuba, dann Frankreich mit seinen Kolonien. Von den transatlantischen Staaten (oder, amerikanisch geredet, vom eigenen Welttheile) stand Brasilien in dem bedeutendsten Handelsverkehr mit dem großen Freistaate. Sehr gering war sonst die direkte Verbindung mit Preußen und dem Zollverein. Sie wurde aber wieder sehr bedeutend durch die Vermittelung von Hamburg und Bremen, doch führte die letztere Hansestadt das Doppelte von dem ein und aus, was die erstere brachte und holte. Obgleich der Verkehr mit China sehr beträchtlich ist, so ging doch das emsige Bremen dem langsamen großen asiatischen Kaiserreiche in der Ein- und Ausfuhr im vorigen Jahre noch um 2 Mill. Dollar voran. Außerordentlich vergrößert hat sich wieder die Handelsmarine, sowohl an einregistrirten und angeworbenen Schiffen wie an Küstenfahrern und Dampfschiffen. Die Kriegsflotte zählte 90 Segelschiffe, Schrauben- und Raddampfer, zusammen mit fast 2500 Kanonen. Sie hat auf den Weltmeeren 6 Stationen, namentlich im Atlantischen Ozean, an der brasilianischen Küste, im Stillen und im Mittelmeere, in Ostindien und an der afrikanischen Küste.

— [Israelitische Kadetten.] Für den nächsten Rezeptionstermin des Potsdamer Kadettenkorps sind, wie die „Elberf. Ztg.“ vernimmt, zwei Knaben mosaischen Glaubens (die Söhne hiesiger wohlhabender Kaufleute) zur Aufnahme in die Anstalt angemeldet und zugelassen worden. Dieselben werden gegenwärtig von einem Lehrer derselben durch Privatunterricht zum Eintritte vorbereitet.

— [Ein vermißter Planet.] Es ist ein Planet verloren gegangen, und zwar einer von den kleinsten, die Daphne. Herr Luther zu Bilk bei Düsseldorf hat sich mit der Bitte, allgemeine Nachforschungen veranlassen zu wollen, an das Institut in Paris gewandt.

Danzig, 10. März. [Marine.] Der „D. Z.“ zufolge ist die Ordre eingetroffen, mit der Kupferung der neu erbauten Kanonenboote in nächster Zeit vorzugehen. Man scheint hiernach eine baldige Indienststellung derselben zu beabsichtigen.

Koblenz, 10. März. [Verkehrsstörung.] Ein Bergsturz, welcher in der Nacht auf den gestrigen Tag zwischen St. Goar und Oberwesel auf die Eisenbahn herabgefallen ist, hat die letztere auf einer Strecke unfahrbar gemacht, so daß die Züge von und nach Bingen an den beiderseitgen Endpunkten des Sturzes anhalten und die Passagiere aussteigen, über den Berg gehen müssen und dann den andern Zug wieder besteigen. Es sind mehrere Hundert Arbeiter mit Wegräumung des Schuttes beschäftigt, doch dürfte es mehrere Tage dauern, ehe die direkten Fahrten zwischen hier und Bingen wieder durchgehen können. (K. Z.)

Schlochau, 10. März. [Geschenk des Prinz-Regenten.] Se. K. H. der Prinz-Regent hat in seiner Eigenschaft als Besitzer der Fideikommißherrschaften Flatow und Krojanke zur Milderung des Nothstandes in dem benachbarten Schlochauer Kreise aus den Mitteln dieser Herrschaften eine Unterstützung von 500 Thlrn. allergnädigst bewilligt.

Oestreich. Wien, 9. März. [Militärische Vorbereitungen; Dankfest der Israeliten.] Man läßt sich hier durch die Windungen der französischen Politik, durch das Spiel unter der Decke zwischen den Kabinetten von Paris und Turin nicht täuschen. Man glaubt, daß Napoleon die Einverleibung Savoyens und Nizza's hauptsächlich deshalb zur Thatsache machen will, um das Prinzip der „natürlichen Grenzen“ weiter zur Anwendung zu bringen. Hier bereitet man sich bereits auf einen Angriff Sardiniens vor. Die Beurlaubten werden unter der Hand theils schon einberufen, theils aufgefordert, sich für jeden Augenblick bereit zu halten. Die Offiziere und Mannschaften des Armeeverpflegungswesens sollen schon in der nächsten Zeit nach Venetien vorausgehen, um dort, was die Hauptsache ist, alles für die Subsistenz größerer Heereskörper Nothwendige vorzubereiten; denn die letzteren selbst kann man bei den heutigen Kommunikationsmitteln mit Leichtigkeit in wenigen Tagen nach Italien werfen. Ebenso findet in allen hiesigen Militärwerkstätten eine außerordentlich rührige Thätigkeit statt, so daß Oestreich im Augenblicke der Gefahr (man erwartet ihn im Frühling) vollkommen kampfgerüstet und im Stande sein wird, nicht nur den sardinischen Streitkräften die Spitze zu bieten, sondern auch ein Kontingent für die deutsche Bundesarmee zu stellen. Die Verhaltungsbefehle für das italienische Festungsviereck sind, wie ich versichern höre, bereits vorgestern nach Verona abgegangen. — Bekanntlich sind in der letzten Zeit aus allen Landestheilen jüdische Deputationen hier eingetroffen, um dem Kaiser für die verliehene Grundbesitzfähigkeit der Juden Dank zu sagen. Auch hier in Wien wollten die Juden eine Demonstration in diesem Sinne machen, und so hat denn dieselbe reiche jüdische Dame, Frau Herz, auf deren Kosten der Dichter Ludw. Aug. Frankl vor einigen Jahren nach Jerusalem reiste, um dort ein jüdisches Erziehungs- und Krankenpflegehaus zu gründen, am Mittwoch in ihrem Hause ein großes Dankfest für diesen Akt kaiserlicher Gnade veranstaltet, welchem alle hiesigen jüdischen Notabilitäten und viele Schriftsteller (die Redakteure und Mitarbeiter sämmtlicher hiesigen Journale sind bekanntlich in der überwiegenden Mehrheit Israeliten) beiwohnten. Frau Herz selbst brachte den Toast auf den Kaiser aus; Herr Joseph Werthheimer, der Herausgeber des jüdischen Kalenders, den zweiten auf die auch in weiteren Kreisen bekannte und hochgeschätzte Dame des Hauses. Die Schriftsteller Kuranda (Redakteur der „Ostdeutschen Post“), Ludwig August Frankl, Kompert (Novellist), Stern (Redakteur einer hebräischen Zeitschrift), Dr. Landsteiner (Redakteur der „Morgenpost“), der Lustspieldichter Feldmann und Andere hielten Reden, in denen sie nach den neuesten Begünstigungen um so wärmer die patriotischen Gefühle mit der Begeisterung für den alttestamentarischen Glauben vereinigten. Auch in der Synagoge haben Dankgebete für das bedeutungsvolle kaiserliche Geschenk stattgefunden. Mehrere Juden haben auf Grund des neuen Gesetzes bereits hier in der Stadt Häuser erworben. (Pr. Z.)

— [Tagesnotizen.] Unter den Wünschen, welche von Seiten der ungarischen Protestanten betont werden, verdienen eine besondere Erwähnung: 1) daß ein neues Ehegesetz die Protestanten den Katholiken gleichstelle, und 2) daß, da man gewisse Lehrstühle an den Universitäten ausschließlich mit Katholiken besetzen will, für die betreffenden Fächer überall auch ein Lehrstuhl für einen

protestantischen Lehrer hergestellt werde. — Der „Boh." wird aus Aussig nachstehender Eisenbahnunfall gemeldet: Als am 6. März Vormittags auf der Schleppbahn in Aussig ein mit Kohlen beladener Zug zur Elbe hinabfuhr, brach bei einem Waggon der Zughaken und es rollte ein Waggon in die Elbe, wärend mehrere andere beschädigt wurden. Ein weiterer Unfall ist nicht zu beklagen. — Die Rinderpest ist in der nächsten Umgebung von Preßburg ausgebrochen, doch sind von Seite der Sanitätspolizei bereits die umfassendsten Maaßregeln gegen die Verbreitung getroffen worden. — Wie die „Polit. Ujd." berichten, wurde im Stuhlbezirke von Kun-Szent-Miklos dieser Tage eine aus 10—12 Personen bestehende Genossenschaft von Banknotenfälschern aufgegriffen. Dieselben hatten bisher nicht nur fünfguldige Noten in Umlauf zu bringen gewußt, sondern auch bereits die Fälschung von Hundertern vorbereitet, und war die dazu nöthige Platte schon in der Arbeit. — Der Dichter Castelli hat am 6. d. zu seinem 81. Geburtstage ein sinnvolles Geschenk erhalten. Es ist eine aus russischem Silber gefertigte Dose für dessen renommirte Sammlung. Sie hat die Gestalt einer Lebenslampe, wie diese in den Gräbern der alten Egyptier zu unauslöschlicher Dauer aufgestellt wurden, ist innen vergoldet und mit der Photographie Meyerbeer's geziert, welche die Umschrift trägt: „Gratulirt seinem Freunde Castelli zum 81. Geburtsfeste". Auf der Außenseite des Deckels befindet sich, in grünen Speckstein geschnitten, das Bild des chinesischen Philosophen und Reformators Hungfu-tse (Confucius). Castelli ist bekanntlich der Verfasser des deutschen Textes zu den „Hugenotten".

— [Zwei östreichische Noten zur italienischen Frage.] Auf die schon mitgetheilten Depeschen des Herrn v. Thouvenel vom 30. und 31. Januar über die englischen Propositionen hat der Graf Rechberg in zwei besonderen Aktenstücken geantwortet, die beide vom 17. Februar datirt sind. In der ersten Note, welche die zunächst an das englische Kabinet gerichtete, den übrigen aber mitgetheilte Depesche beantwortet, heißt es:

Zur Zeit der Unterzeichnung der Präliminarien von Villafranca gab der Kaiser Napoleon, Hr. v. Thouvenel bezeugt es, sich der Hoffnung hin, daß die Neuorganisation Italiens sich mit der Wiedereinsetzung der legitimen Gewalten werde vereinigen lassen. Diese Hoffnung, die sich im Geiste des Kaisers Franz Joseph zu der Höhe einer Ueberzeugung erhob, beseelte die beiden Souveräne, als sie sich die Hand reichten, um dem Blutvergießen ein Ziel zu setzen. Der Kaiser, unser erhabener Gebieter, willigte darein, ein peinliches Opfer zu bringen, aber unter der Bedingung, daß die legitimen Gewalten in Mittelitalien wieder eingesetzt würden. Im Interesse der Wiederherstellung des Friedens und in der Hoffnung, daß derselbe durch eine volle Verständigung mit dem früheren Gegner befestigt und reich an heilsamen Resultaten gemacht werden werde, entschloß er sich, auf Rechte und Titel zu verzichten, über welche er verfügen konnte; aber er weigerte sich positiv, auf Kombinationen einzugehen, welche die Rechte Dritter und namentlich derjenigen Fürsten beeinträchtigt hätten, die auf seine Allianz gebaut. Dem mehr und mehr übergreifenden Gange der Revolution durch Wiedereinsetzung der entthronten Souveräne eine Schranke entgegenzustellen und zugleich den Bemühungen des Kaisers der Franzosen entgegenzukommen, der durch die enge Vereinigung der Regierungen der Halbinsel mittelst eines föderativen Bandes den Strebungen des Nationalgefühls Genüge zu leisten beabsichtigte, das war der doppelte Zweck, der sowohl die Akte von Villafranca und Zürich, als den Ideenaustausch beherrschte, welcher in Biaritz zwischen den beiden Kabinetten vorzugsweise in der Absicht stattfand, zur Sicherstellung der Ausführung des politischen Theiles der Friedensstipulationen einen gleichförmigen Gang zu vereinbaren. Der Kaiser hat seine Auffassung der Lage Italiens nicht verändert. Se. Majestät ist noch heute der Meinung, wie in Villafranca, es heiße sich einer gefährlichen Illusion hingeben, wenn man sich schmeicheln wollte, man könne aus der flagranten Verletzung Jahrhunderte alter und durch europäische Verträge verbriefter Rechte eine dauerhafte und regelmäßige Ordnung der Dinge begründen. Frankreich, sagt Hr. v. Thouvenel, ist so sehr wie irgend Jemand von der Heiligkeit übernommener Verpflichtungen durchdrungen. Wir theilen dieses Durchdrungensein, und eben deshalb würden wir es tief beklagen, wenn wir sehen müßten, daß ein erst so eben zwischen uns und Frankreich abgeschlossener Vertrag in Stipulationen von überwiegender Bedeutung unerfüllt bliebe. Wohlverstanden, wenn die Restauration sich nicht verwirklichte, würde in gleicher Weise die Konföderation ein todter Buchstabe bleiben. Was würde die Folge sein? Der großherzige Gedanke, in welchem die beiden Kaiser sich in Villafranca begegneten, wäre verurtheilt, vollständig unfruchtbar zu bleiben. Und welches sind die Hindernisse, an denen er gescheitert sein würde? Ohne dieselben verkennen zu wollen, sind wir weit entfernt, sie für so unüberwindlich zu halten, als sie sich dem Geiste des Herrn v. Thouvenel dargestellt. Wir behalten uns vor, in einer besonderen Depesche auszuführen, was uns in dieser Beziehung zu sagen bleibt. Alles in Allem glaubt der Kaiser, für seinen Theil die Lösung der Frage auf dem Terrain der Vereinbarungen von Villafranca suchen zu müssen, deren sämmtliche Stipulationen, vom rechtlichen Gesichtspunkte aus, vollständig solidarisch unter einander zusammenhängen. Wir würden unsere Mitwirkung nicht zu Kombinationen hergeben können, welche den in dem Züricher Vertrag zu Gunsten der Rechte der entthronten Souveräne enthaltenen Vorbehalten keine Rechnung trügen. Angesichts eines unserer gerechten Erwartung so widersprechenden Resultats würden wir uns in der moralischen Unmöglichkeit befinden, dasselbe durch unsere Anerkennung zu sanktioniren. Diese Haltung, und die französische Regierung selbst, ich bin davon überzeugt, ist zu gerecht, um sie nicht als korrekt zu bezeichnen, ist in den Augen des Kaisers, unseres erhabenen Gebieters, nicht nur eine Frage der Ehre, sondern auch der Ausdruck einer tiefen politischen Ueberzeugung.

Die zweite Depesche enthält nun die oben besprochenen Ausführungen und die Antwort auf die historische Skizze, welche Hr. v. Thouvenel vor den Ereignissen seit dem Frieden von Villafranca entworfen hatte. Es heißt darin:

Unter den Hindernissen, welche der Verwirklichung der Hoffnung des Kaisers Napoleon, die Neuorganisation Italiens mit der Wiedereinsetzung der früheren Dynastien versöhnen zu können, entgegengestanden haben sollen, zählt der Hr. Minister des Auswärtigen die Unthätigkeit und die passive Haltung der Häupter dieser Dynastien, das Zögern des Souveräns des Kirchenstaates in der Verleihung von Reformen, endlich das Stillschweigen auf, in welchem Oestreich hinsichtlich der großherzigen Intentionen verharrte, die dem Kaiser Napoleon in Bezug auf die Verwaltung Venetiens kundgegeben worden. Es sei uns die Frage gestattet, in welcher Weise die entthronten Souveräne Angesichts der Situation hätten handeln können, welche für sie geschaffen wurde. Es ist unnöthig, hier die Ursachen wieder aufzuzählen, welche die Erhebung Mittelitaliens zuwege gebracht. Diese Thatsachen gehören gegenwärtig der Domäne der Geschichte an. Sardinien ist es, welches, nachdem es von langer Hand her die Bewegung vorbereitet, sich ihrer bemächtigte, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen. Sardinische Agenten sind es, welche durch die Ausmerzung aller der Anhänglichkeit an die frühere Ordnung der Dinge verdächtigen Elemente die Verwaltung reorganisirt haben; sardinische Offiziere sind es, welche die Armee der Liga gebildet. Gerade jetzt ist der Kriegsminister Sr. sardinischen Majestät gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee der Liga, und mehrere sardinische Generale leiten die militärischen Rüstungen, welche in Bologna betrieben werden. Die insurgirten Länder sind unter das Regime einer Militärdiktatur gestellt; jede Kundgebung zu Gunsten der legitimen Souveräne ist als Verbrechen des Hochverraths verfolgt worden. Fünf Sechstheile der Bevölkerung sind von den Wahloperationen ausgeschlossen, und die, welche das Wahlrecht auszuüben im Stande waren, haben nur unter dem Druck des Terrorismus abgestimmt, welchen die herrschende Partei in Anwendung gebracht. Wir hätten, Angesichts eines so gewaltthätigen Zustandes der Dinge, die entthronten Souveräne ihre Stimme vernehmen lassen können? Würde nicht die Aufnahme, welche die Häupter der Bewegung unfehlbar ihren bestkombinirten Manifestationen bereitet hätten, ihrer Würde einen nicht wieder gut zu machenden Schlag versetzt und ihre Zukunft zwecklos kompromittirt haben? Welches auch die Reformen sein mochten, welche der Souverän des Kirchenstaates in seinen Ländern einzuführen entschlossen war und würde es passend gewesen sein, sie in dem Augenblicke zu verkündigen, wo eine faktiöse Versammlung in Bologna seine Thronentsetzung aussprach? Was endlich Venetien betrifft, so bestehen die hochherzigen Intentionen, welche der Kaiser, unser erhabener Gebieter, in dieser Beziehung in Villafranca an den Tag legte, freilich unter Wahrung seiner Unabhängigkeit und seiner Autonomie gegen alle und jede fremde Einflüsse, in ihrer ganzen Integrität fort. Wenn diese Intentionen sich noch nicht zur That gestaltet haben, wer trägt die Schuld daran? Ist es nicht gemeinkundig, daß der Frieden von Villafranca für die revolutionäre Partei das Signal gewesen ist, eine Thätigkeit zu verdoppeln, deren Gegenstand und zugleich Opfer Venetien war? Haben nicht die zu diesem Zwecke gebildeten Komité's unter der Aegide Sardiniens unerhörte Anstrengungen gemacht, um die venetianischen Provinzen zum Aufstand zu bringen? Wir appelliren in dieser Beziehung an das Zeugniß der tapferen und loyalen franz. Armee, unter deren Augen die Manöver vor sich gingen, und die, davon sind wir überzeugt, das Gefühl der Indignation getheilt hat, welches bei uns dieser schleichende Krieg erregte, der im Schatten eines erst eben unterzeichneten Friedens fortführt wurde. Die Emissäre der Unordnung haben Venetien in allen Richtungen durchkreuzt, überall das Feuer der Zwietracht anfachend; es ist ihnen so trefflich gelungen, daß die Regierung die gebieterische Pflicht gefühlt hat, den friedlichen Bürgern durch die Ergreifung strenger Maaßregeln gegen die unversöhnlichen Feinde der öffentlichen Ruhe denjenigen wirksamen Schutz zu gewähren, auf welchen sie ein geheiligtes Recht haben. Würde die kaiserl. Regierung glücklich inspirirt gewesen sein, wenn sie einen solchen Augenblick wählte, um den Intentionen Folge zu geben, auf welche Hr. v. Thouvenel anspielt? An die Reihe der Anstrengungen erinnernd, welche die französische Regierung im Interesse der Restauration gemacht, hebt der Minister auch die Missionen hervor, die dem Grafen Reiset und dem Fürsten Poniatowski anvertraut wurden, und die nach der Meinung des Hrn. v. Thouvenel an dem Widerstande der Bevölkerungen gescheitert sind. Aber konnte man nicht, ohne Gefahr sich zu täuschen, dieses Mißlingen auch zum großen Theil den Zusicherungen zuschreiben, welche andere Organe der französischen Regierung seit dem Frieden von Villafranca gegeben, und aus welchen die herrschende Partei die Ueberzeugung geschöpft, daß die Anwendung von Gewalt von den Mitteln zur Bewerkstelligung der Restauration ausgeschlossen sei? Durch ein solches Versprechen vollständig beruhigt, hatten die Regierenden augenscheinlich ein Interesse, taub zu bleiben gegen die Insinuationen, welche ihnen im Sinne der Restauration zugingen, und rückhaltslos alle Mittel, über welche eine bestehende Gewalt jederzeit verfügt, in Anwendung zu bringen, um die wahre Meinung der Majorität zu hindern, sich geltend zu machen. Wie dem auch sei, Frankreich blieb dabei nicht stehen. Es provozirte das Zusammentreten eines Kongresses, in der Hoffnung, mit der Beihülfe Europa's über den Widerstand zu triumphiren, dem die isolirten Pläne Frankreichs begegnet waren. Weil wir uns dieser Hoffnung zugesellten, willigten wir ein, uns an dem Kongreß zu betheiligen, nachdem wir die Gewißheit erlangt hatten, daß die französischen Bevollmächtigten mit denen Oestreichs in dem Geiste vollständigen Einvernehmens handeln würden, um den durch den Züricher Vertrag vorbehaltenen souveränen Rechten Achtung zu verschaffen, und den annexionistischen Tendenzen entgegenzutreten. So standen die Sachen, als ein unvorhergesehenes Ereigniß die Situation wesentlich modifizirte. Pläne begünstigen, welche den Zweck hatten, die territoriale Integrität des Kirchenstaates zu beeinträchtigen, das hieß die Grundlagen des zwischen uns und Frankreich so glücklich zuwege gebrachten Einverständnisses alteriren. Denn die Erhaltung dieser Integrität wurde bis dahin in allen Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten als eine außerhalb aller Diskussion stehende Frage betrachtet, und der Art. XX. des Züricher Vertrages sah sie aus demselben Gesichtspunkte an. Während man sich von allen Seiten die Frage vorlegte, welche Aussichten auf Erfolg der Kongreß unter dem Einfluß so merklich veränderter Umstände noch haben könnte, kam Frankreich selbst zu dem Entschluß, ihn auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die französische Regierung hat die Einwürfe bedauert, welche gegen das Zusammentreten der Bevollmächtigten erhoben worden, als sie eben im Begriff standen, sich zu versammeln. Wir glauben gezeigt zu haben, daß diese Hindernisse in jedem Stadium der Sache von unserem Willen unabhängig waren. Im Verfolg seiner Analyse der Situation erörtert Hr. v. Thouvenel die Frage, ob die Restauration durch die bewaffnete Intervention Oestreichs und Frankreichs zuwege gebracht werden könne. Er gelangt zu dem Schluß, daß dieselbe in beiden Richtungen moralisch unmöglich sei. Es ist für uns von Werth, hier zwischen der Prinzipien- und der Opportunitätsfrage zu unterscheiden. Politische Motive verschiedener Natur, denen wir für unsern Theil Rechnung tragen werden, empfehlen den beiden Mächten, sich der bewaffneten Intervention in Mittelitalien zu enthalten. Wir legen andererseits Werth darauf, zu konstatiren, daß die Anwendung des von Frankreich angerufenen Prinzips manchen Verschiedenheiten unterworfen ist, welche von der Natur der Umstände abhängen. Es ist sicher, daß Sardinien zu Gunsten des Aufstandes in Mittelitalien eine aktive Intervention geübt hat, ohne welche dieser Aufstand sich nicht konsolidirt haben würde. Die französische Regierung, obschon sie in dem Nicht-Interventionsprinzip eine internationale Regel von großer Autorität erkennt, gesteht selbst zu, daß diese Regel nicht ohne Ausnahme ist, und daß sie ihrerseits in Italien intervenirt hat, weil sie gebieterischen Umständen nachgab und weil ihre Interessen ihr diese Intervention mit Nothwendigkeit aufdrängten. Nachdem Hr. v. Thouvenel die Anwendung fremder Gewalt von jeder Kombination ausgeschlossen, legt er sich die Frage vor, ob man alles dem Zufall überlassen soll, auf die Gefahr hin, revolutionäre Gesinnungen gewaltsam an die Stelle der monarchischen Ideen treten zu sehen, welche seither die italienische Bewegung fortgesetzt charakterisirt haben. In Antwort auf diese Frage können wir nur unsern aufrichtigsten Wunsch aussprechen, die italienischen Verwickelungen zu einer schnellen Lösung gelangen zu sehen, welche dem allgemeinen Interesse gemäß ist, und folgeweise ein Pfand der Dauer und der Stetigkeit bildet. Würde die von der großbritannischen Regierung vorgeschlagene Kombination einen solchen Charakter haben? Nach reiflicher Prüfung gestatten wir uns, daran zu zweifeln. Wir verkennen nicht, daß die Verlängerung des Zustandes der Ungewißheit, der auf Mittelitalien lastet, schließlich das Ueberfluthen des demagogischen Geistes nach sich ziehen könnte, welche Hr. v. Thouvenel zu fürchten scheint. Aber wir können uns ebenso wenig der Besorgniß erwehren, daß eine Lösung, welche den Triumph derjenigen Prinzipien einschließen würde, die die demagogische Partei anzurufen gewohnt ist, weit entfernt, diese Gefahren zu beschwören, eher geeignet sein möchte, dieselben zu erhöhen. Nichts liegt unserer Absicht ferner, als die ernste Frage, welche uns beschäftigt, unter dem Gesichtspunkte eines Kampfes um Einfluß oder einer politischen Rivalität zwischen Oestreich und Frankreich zu betrachten. Wenn es sich, wie Hr. v. Thouvenel bemerkt, darum handelt, Italien als eine Zwischenmacht zwischen den beiden Staaten zu konstituiren, so haben wir den Beweis geliefert, daß wir bereit sind, zu diesem Werke mitzuwirken, aber freilich mit Festhaltung der Ueberzeugung, daß das Programm von Villafranca das Mittel bot, es in praktischer Weise und gefahrlos für das politische Gleichgewicht Europas zu Stande zu bringen.

— [Stand der italienischen Frage; die Lage in Konstantinopel.] Die Meinung, daß der in Bezug auf Mittelitalien hervortretende Zwiespalt zwischen Frankreich und Piemont nur die Maskirung eines Einverständnisses sei, erwirbt sich in der hiesigen politischen Welt immer mehr Bekenner. Für Frankreich erwächst aus dem scheinbar seinen Wünschen und Rathschlägen zuwiderlaufenden Vorgehen Piemonts der Vortheil, sich der in Villafranca übernommenen Verpflichtungen zu entledigen und dem Papste so wie den mit Rom sympathisirenden katholischen Kreisen in Frankreich gegenüber für entschuldigt zu gelten. Frankreich behält das Ansehen, Alles gethan zu haben, was es unter Beobachtung des Prinzips der Nichtintervention thun konnte, um in Toscana die Rückkehr des Großherzogs zu ermöglichen und das Kirchenstaatsgebiet ungeschmälert zu erhalten. Wenn dies nicht gelingt, so trägt nicht Frankreich, sondern „die unerbittliche Logik der Thatsachen" die Schuld. Dies ist die Auffassung, unter der man hier die französisch-piemontesische Divergenz betrachtet. Die Abtretung von Savoyen und Nizza hält man, soweit Piemonts Zustimmung dabei in Frage kommt, für eine abgemachte Sache. Daß es auch hierbei ohne Komödie nicht abgehen wird, dafür bürgt die politische Praxis der beiden betheiligten Staaten. Nach dem, was man aus den hier geltenden auf Pariser und Turiner Berichten beruhenden Anschauungen entnehmen kann, wird Piemont auf Abstimmung der Bevölkerung bestehen (s. Tel. in Nr. 60), Frankreich wird sich weigern, und England Piemonts Forderung adoptiren. Russell hat sich zu heftig gegen diese Annexion ausgesprochen, als daß er seinen Widerspruch ohne Weiteres könnte fallen lassen. Das englische Kabinet möchte aber selbst von der Fessel seines nun einmal erhobenen Protestes frei werden. Indem es sich dem Verlangen anschließt, die Bevölkerungen abstimmen zu lassen, leiht es seinem Widerspruche gegen diese Annexion auf der einen Seite einen Anschein von Beharrlichkeit, auf der anderen Seite bietet sich ihm ein Ausweg, um diesem unangenehmen Konflikt mit einem Schein von völkerrechtlicher Lösung ein Ende zu machen. Die Komödie wird damit enden, daß „der Kaiser, der Prinzipien von 1789 eingedenk und der Selbstbestimmung der Nationen die nie versagte Anerkennung auch hier zu Theil werden zu lassen, in die vereinten Wünsche seiner Verbündeten willigt". Die Abstimmung wird vor sich gehen, und es müßte mit unrechten Dingen zugehen, wenn trotz der widerstrebenden Elemente in Savoyen und Nizza die Majorität nicht so votiren sollte, wie nöthig ist, um die Annexion zu Stande zu bringen. — Hier eingetroffene Depeschen aus Konstantinopel lauten nicht befriedigend. Seit der Abberufung Thouvenels hat Bulwer, der englische Botschafter, einen Einfluß erlangt, der auf dem besten Wege ist, zu der Geltung zu kommen, die Lord Stratford de Redcliffe seiner Zeit hatte. Die erste Frucht seiner Bemühungen ist die Aufhetzung der Ulema's gegen die spanische Expedition auf Marokko. Trotz der sehr wirren Finanzlage will der Sultan Subsidien an den Kaiser von Marokko senden, selbst von einem Hülfskorps ist bei den von Bulwer fanatisirten Ulema's die Rede. Die Minister leisten so energisch wie möglich Widerstand, sind aber untereinander zerfallen. Die fränkische Bevölkerung ist sehr unzufrieden, der Uebergang zu der Metallwährung wirkt in hohem Grade störend auf den Handelsverkehr und auf die Beziehungen zu den auswärtigen Plätzen. Den Vortheil haben die von englischen Unternehmern gegründeten Banken, die neu projektirte Bank stößt in Folge des Einflusses der früher begründeten auf zahlreiche Hindernisse. (BHZ.)

— [Kriegerische Anzeichen.] Die „Ostd. Post" schreibt: „Graf Cavour beginnt bereits seinen vorjährigen Stil wieder aufzunehmen. Er schreibt Depeschen an die Höfe, worin er Oestreich anklagt, daß es ihm das Wasser trübe, daß es in Mantua und Venedig Verhaftungen vornehme, die Amnestie von Villafranca verletze u. s. w. Wir sind keine Freunde von Verhaftungen, das wird man uns glauben. Aber wir glauben, Oestreich hat im Venetianischen, wo die Propaganda ununterbrochen wühlt, zum Mindesten eben so viel Recht, gegen revolutionäre Handstreiche sich zu sichern, als Herr Ricasoli in Florenz, der alle großherzoglichen Gesinnungen mit Kerker und Strafen belegt und einen Terrorismus der „Meinungsfreiheit" übt, wie ein Danton en miniature. Das Cavour'sche Rundschreiben, welches die „Opinione" veröffentlicht, ist übrigens nicht wegen seines Inhalts, sondern wegen seiner Methode beachtenswerth. Wenn man Armeen aufstellt, Landwehr aufbietet, Grenzpunkte in großen Massen besetzt, so braucht man doch auch eine Form, eine Ausrede, um seiner Zeit diese Maschine in Bewegung setzen zu können. Wenn man den Frieden brechen will, so muß man doch irgend ein Motiv vorbringen, um dessen willen man dem Feinde ins Land fällt. Die Cavour'schen Anklageschriften gegen Oestreich in Form diplomatischer Depeschen sind voriges Jahr die Sturmvögel gewesen, die dem Kriege vorausflogen; wir zweifeln nicht, daß sie auch diesmal die Aufgabe haben, das Terrain der Ereignisse vorzubereiten und die gewaltsame Lossagung von den Züricher Verpflichtungen einzuleiten. Aber wie? Hat doch Graf Cavour so eben auch eine Antwort nach Paris gesendet, worin er die Vorschläge des Kaisers der Franzosen verwirft und die Depesche des Herrn v. Thouvenel, welche in den Zeitungen ein Ultimatum genannt wurde, als ein Aktenstück bezeichnet, das für Sardiniens Politik nicht maaßgebend sein kann. Will der Mann mit Frankreich und mit Oestreich zugleich anbinden, von diesem Venedig und von jenem Toscana erobern? Oder geht er von dem Gesichtspunkte aus, daß Napoleon, in die Lage gedrängt, zwischen einer Bekriegung Sardiniens und einer Bekriegung Oestreichs zu wählen, schließlich lieber noch das Zweite wählen wird, wenn man ihm die Wege dazu bahnt und ihn nicht in erster Linie einzutreten zwingt? Von verschiedenen Seiten kommt die Meldung, daß die französischen Truppen Ordre haben, die Lombardei zu räumen. Aber wohin werden sie sich wenden? Nach Toscana oder nach Bologna? Nach Hause sicherlich nicht! Die 60,000 Franzosen, die in Oberitalien stehen, um das System der „Nichtintervention" so praktisch durchzuführen, werden noch viel Wellen im Mittelländischen Meere dahin rauschen lassen, ehe sie den Rückmarsch zu dem heimathlichen Herd antreten. Es giebt für den Kaiser Napoleon noch so viel zu thun in Italien, er hat offenbar noch eine ganze Schubfächerreihe von Plänen, die er erst nach und nach öffnen kann, daß er nicht der Narr sein wird, diesen mobilen Schlüsselbund, der auf allen Theilen der Halbinsel irgend eine beliebige Frage auf- und zusperren kann, wieder in den Wandschrank zu hängen. Der Generalstabschef des französischen Okkupationskorps, General Sarras, ist von Mailand telegraphisch nach Paris gerufen worden, sicherlich nicht, um anzugeben, welches der kürzeste Weg wäre, um die Truppen nach Hause zu bringen. Man bereitet in Frankreich offenbar etwas vor. Vor der Hand hat es den Anschein, als ob es auf eine Demonstration gegen Sardinien sich auswachsen sollte. Aber ist dies das letzte Wort?"

— [Ueber die savoyische Frage] sagt die „Ostdeutsche Post": „Die Einverleibung Savoyens und Nizza's ist nun einmal der französischen Nation versprochen worden und der Kaiser der Franzosen hat nicht wie das Juli-Königthum Minister, die dem Lande verantwortlich sind und mit deren Wechsel die Steine des Schachbretts neu aufgestellt und eine andere Partie begonnen werden kann. Napoleon III. muß mit seiner Person bezahlen, was er eingeleitet. Er hat kein Ministerium, welches seine Krone „deckt", wie der konstitutionelle Ausdruck lautet; für den Genuß, seinen und nur seinen Willen im Lande gelten zu lassen, muß er auch die gefährliche Last tragen, daß man ihn und nur ihn für Alles verantwortlich macht. Die Frage der natürlichen Grenzen ist nun einmal losgelassen, er kann nicht seinen Thiers fortschicken, um sie zurückzunehmen. Was bedeutet Napoleon gegenüber ein Ministerwechsel? Ist es etwa Thouvenel oder Walewski, welche die Politik machen? Napoleon ist's und er allein. Wenn die Mächte die Annexion Savoyens verweigern, dann wird der „holde Friede", der in diesem Augenblicke mit zweideutiger Fratze Europa anlächelt, bald sich in die Erde verkriechen. Die anderthalb Millionen Landwehr, welche den inneren Schutz von Frankreich bilden sollen, sind doch nicht dazu bestimmt, um innerhalb der bisherigen „unnatürlichen" Grenzen Frankreichs zu wachen. Herr v. Cavour thut, als

ob er Napoleon sich widersetzen wollte. Ist es Wahrheit oder Komödie? Ist es ein abermaliger Rausch des „L'Italia farà da se", oder steht ein solides englisches Versprechen im Hintergrunde? Wie dem auch sei, die Situation ist nach allen Seiten hin so gespannt, daß noch im Laufe des Monats März irgend eine große politische Wendung zu Tage treten muß."

— [Erdbeben.] In einigen Ortschaften des Zalaer Komitats wurden dieser Tage Erdbeben verspürt; so in dem Dorfe Bakonak, wo am 25. v. M. Nachmittags 5 Uhr ein von Norden kommender Erdstoß die Einwohner erschreckte; ein gleiches Naturereigniß ward zu Csapi, und endlich auch zu Szanto wahrgenommen, in welch' letzterer Ortschaft, nach Mittheilung des „Hirl.", sogar zwei Häuser eingestürzt sein sollen.

Wien, 10. März. [Frhr. v. Eynatten.] Der „Wiener Ztg." entnehmen wir nachstehende, schon telegraphisch erwähnte Mittheilung: „Die Militärbehörde hat sich vor Kurzem in die beklagenswerthe Nothwendigkeit versetzt gesehen, den FML. August Frhrn. v. Eynatten, der sich der Verübung von groben Unterschleifen bei der ihm während des Feldzuges im Jahre 1859 übertragenen Militäradministration dringend verdächtig gemacht hatte, unter Haft der kriegsrechtlichen Untersuchung zu unterziehen. Bald nach der Eröffnung dieses Aktes sah sich Frhr. v. Eynatten zur Ablegung von Geständnissen gedrängt, welche über den verbrecherischen Mißbrauch, den er von der ihm anvertrauten Amtsgewalt gemacht, keinen Zweifel übrig ließen. Ungeachtet der von der Behörde für alle Eventualitäten getroffenen Vorsichtsmaaßregeln hat Freiherr v. Eynatten, offenbar unter dem Drucke eines schwer belasteten Gewissens, Mittel gefunden, sich in der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. durch Selbstmord der ihn erwartenden Strafe zu entziehen, einen Aufsatz hinterlassend, worin er, unter Erneuerung seines Schuldbekenntnisses, mit dem Ausdruck tiefer Reue die Verzeihung seines schwer beleidigten Kaisers und Herrn anfleht."

Prag, 9. März. [Das neue Judengesetz; Konversionen.] Das neue Judengesetz hat vielleicht in keinem östreichischen Kronlande so wenige Sympathien geweckt, wie eben in Böhmen. Namentlich unter den Bauern ist die Erbitterung gegen die Juden in Folge dieser Begünstigung gestiegen; und so hört man jetzt unter der gewerblichen Klasse gar oft die Worte: „Die Juden hat die Regierung mit der Besitzfreiheit, und uns wird sie mit einer Erhöhung der Gewerbe- und Besitzsteuer beglücken." — Die Uebertritte vom katholischen zum evangelischen Glauben sind seit Neujahr 1860 auffallend zahlreich geworden. So traten in der Gegend von Adlerhostelez, Pardubitz und Königgrätz in diesem Zeitraum über 500 Seelen, darunter über 300 Bauern, zum Protestantismus über. (D. A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 10. März. [Vom Hofe.] Die Ausschlagskrankheit des Erbgroßherzogs ist beendigt und der bestimmte Anfang der Rekonvaleszenz eingetreten.

Kehl, 9. März. [Pferde für Frankreich.] Als die Regierungen im verflossenen Frühjahr das Pferdeausfuhrverbot proklamirten, konnte man dessenungeachtet noch lange nachher vor der Artilleriekaserne zu Straßburg die schönsten Pferde aus Deutschland täglich verkaufen sehen. Um diesen Schmuggel zu betreiben, wurden dieselben vor Frachtwagen gespannt, und vor der Nase der deutschen Grenzwächter zu Kehl, täglich, so lange das Ausfuhrverbot bestand, über die Rheinbrücke nach Straßburg geführt, wo sie öffentlich unter den beliebten französischen Witzen über die „dummen Deutschen", vor der Artilleriekaserne an französische Händler verkauft wurden.

M Freiburg, 10. März. [Kirchliche Uebergriffe; naturforschende Gesellschaft; Theater; die Wahlumtriebe.] Die schönen Wirkungen des Friedenswerkes, wie die geistlichen Herren das Konkordat gewöhnlich zu nennen belieben, sehen wir tagtäglich sich wiederholen. Ein Pfarrverweser aus der Nachbarschaft, der erst kürzlich in die Pfarrei kam, erklärte einem Brautpaare unmittelbar vor der Trauung, daß er dieselbe nicht vollziehen werde, bevor nicht der Bräutigam des Pater Goffine Unterrichts- und Erbauungsbuch sich angeschafft hätte. Natürlich blieb nichts übrig, als das Buch so schnell als möglich zu kaufen, um dies Hinderniß neuester und eigenthümlichster Art zu beseitigen. Eben derselbe Herr hatte von der Kanzel verkündet, daß im Laufe der Woche etwas vorgegangen sei, das besprochen werden müßte; da sich dasselbe aber nicht zu einer Unterredung in der Kirche eigne, so lade er alle jungen Männer und Jünglinge ein, Abends 8 Uhr im Wirthshause sich zu versammeln. Der Bürgermeister machte nach dem Gottesdienste den Pfarrverweser auf die Folgen einer solchen Versammlung aufmerksam; aber vergebens. Der Bürgermeister machte seinen Bericht an die obere Behörde, die sodann die Versammlung verbot. Doch mußte der Amtmann selbst deshalb an Ort und Stelle sich begeben. — Am letzten Montage feierte die hiesige naturforschende Gesellschaft ihren Stiftungstag durch eine öffentliche Sitzung, in welcher Prof. v. Babo, der Chemiker, die Eigenschaften des von Prof. Schönbein in Basel entdeckten Ozon durch sehr wohlgelungene Versuche mit eigenen Apparaten auseinandersetzte. Er behauptete, daß dieser Stoff, eine besondere Art des Sauerstoffes, einer der stärkstwirkenden aller bis jetzt bekannten sei, und daß er stärkemehlhaltige Stoffe ähnlich wie das Jod bläue, sahen wir an den Versuchen. Bis jetzt nur von wissenschaftlichem Interesse, dürfte er doch wohl später für die Industrie von großer Wichtigkeit werden. — Daß unsere Stadt eine immer größere Bedeutung durch die Anzahl der Fremden gewinnt, welche sich, der Naturschönheiten ihrer Umgebung wegen, hier niederlassen, könnte man aus den Bewerbungen um die hiesige städtische Theaterdirektion schließen. Für die nächste Saison haben sich sieben Bewerber gemeldet: Engelken und Freund in Zürich, Blum in Krakau, Franzmüller von Meiningen, Witt von Kiel, Ahrendt von Chemnitz, Chaudimski und Muck von Darmstadt, Kapellmeister Fichtelberger (auch unseren Lesern zum Theil hinlänglich bekannt; d. Red.) von hier und der hier sonst beliebte Tenorist Kron. Zwar thut die hiesige Stadt viel und giebt eine starke Subvention, allein fast alle früheren Unternehmer beklagen sich über Verluste. Es muß demnach jetzt bedeutend mehr in die Kasse fließen. — Die von der Regierung angeordnete Untersuchung bezüglich der Wahlumtriebe von Seiten der Hochkirchler geht mit der größten Thätigkeit vor sich. Da die Sache so strenge betrieben und so rasch ausgeführt wird, so glaubt man, daß die Verhandlungen der Kammer über das Konkordat bald beginnen werden.

Schleswig, 9. März. [Dänisches Polizeiregiment.] Gestern traf der langersehnte Bescheid des Appellationsgerichts in Flensburg in der Heiberg'schen Angelegenheit hier ein. Derselbe lautete auf sofortige Entsiegelung der Buchhandlung und ließ es dem Magistrat frei, die Sache im Wege des fiskalischen oder Kriminal-Prozesses weiter zu verfolgen. Der Polizeimeister Jörgensen entsprach jedoch dieser Weisung nicht, sondern verweigerte die Entsiegelung. Wenn es nun schon lange kein Geheimniß war, daß die Bestimmungen unserer Verfassung von den dänischen Gewalthabern nur insoweit beachtet zu werden pflegen, als dieselben eine bequeme Handhabe für die Unterdrückung und Danisirung der „eroberten Provinz" abgeben, so war es uns doch bis jetzt noch nicht bekannt, daß es einem subalternen Lokalbeamten gestattet sei, einen ehrlichen einfachen Bürger deswegen durch geistige und körperliche Mißhandlungen zum Selbstmorde zu treiben, weil derselbe von den durch die Verfassung gewährleisteten Rechten hatte Gebrauch machen wollen, oder auch aus eigener Machtvollkommenheit Befehle und Entscheidungen vorgesetzter Behörden einfach nicht zu befolgen. — Dr. Heiberg's Gesundheitszustand hat durch die anstrengenden Verhöre bedenklich gelitten, er hat leider schon das Gedächtniß verloren. (Pr. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 8. März. [Parlament.] Aus der Sitzung des Oberhauses am 6. d. lassen wir aus den nun vorliegenden ausführlicheren Parlamentsberichten noch eine Mittheilung der auf die savoische Frage bezüglichen Diskussion folgen: Lord Ellenborough: Lord Russell hatte, wie bekannt, in einer vom 28. Januar datirten Depesche dem Grafen Cowley vortreffliche Gründe gegen die Einverleibung Savoyens auseinandergesetzt. Diese Depesche wurde Lord Bloomfield nach Berlin geschickt, mit der ausdrücklichen Weisung, sie dem Freiherrn v. Schleinitz nicht vorzulesen und noch viel weniger diesem eine Abschrift derselben zu geben. In gleicher Weise wurde Sir James Hudson in Turin instruirt. Ich finde sonst keine Spuren, daß unseren Gesandten in Berlin, Wien oder Petersburg einschlagende Mittheilungen gemacht worden seien, wohl aber finde ich angegeben, daß Lord Russell (in der Unterhaussitzung vom 5. d.) sich folgender Worte bedient habe: „Es ist meine Ueberzeugung, daß dieses Annexirungsprojekt nicht festgehalten werden wird, wenn man in Berlin, Wien und Petersburg sich mißbilligend darüber vernehmen ließe." Ich meinerseits bin ganz derselben Meinung, aber es genügt nicht, sich bloß über die Wirkung einer von diesen Mächten etwa auszusprechenden Mißbilligung zu äußern. Mir scheint nothwendig, daß Schritte gethan werden, damit sie sich zu einer gemeinsamen Meinungsäußerung entschließen. Sie sollten sagen, in Anbetracht der durch den Züricher Vertrag bewirkten Gebietsveränderungen und mit Rücksicht auf die jetzige Lage Italiens seien sie gewillt und geneigt, mit Frankreich über die Zukunft Italiens zu konferiren, um das Wohl des italienischen Volkes in jedweder, mit der Ruhe Europas vereinbaren Weise sicher zu stellen; aber im Hinblick auf die Verträge von 1815 seien sie der Meinung, daß die Feststellung der französischen Grenzen von damals eine unverrückbare war, und daß keine Rücksicht sie vermögen werde, wegen etwaiger Aenderungen in der Gebietsvertheilung Italiens, in eine Ausdehnung der französischen Grenzen zu willigen. Die Regierung möchte ich daher fragen, ob sie Schritte gethan hat, um ihre Ansichten über die Einverleibung Savoyens den Regierungen Rußlands, Preußens und Oestreichs mitzutheilen, und sich ihrer Mitwirkung zu versichern, wo es sich darum handelt, Frankreich zum Aufgeben seines Projektes zu vermögen." Der Herzog v. Newcastle erwiderte: „Ich kann die Frage meines edlen Freundes ohne Schwierigkeit beantworten. Ihrer Majestät Regierung hat ihre Ansichten über die Einverleibung Savoyens den drei Regierungen von Rußland, Preußen und Oestreich mitgetheilt, und zwar in der Form, daß ihnen die betreffenden, durch Lord Russell an Lord Cowley gerichteten Depeschen zugesandt wurden und gleichzeitig andere Depeschen, die, von Lord Cowley und Sir Hudson hierher gelangt, im Blaubuche veröffentlicht worden sind. Jene Depeschen Lord Russells datirten vom 28. Januar und 13. Februar. Sie wurden am 17. Febr. nach Berlin und Wien und am 25. desselben Monats nach Petersburg befördert. In Betreff einer von unserer Seite an diese Mächte ergangenen Einladung, gemeinschaftlich mit uns gegen die Annexirung Savoyens zu protestiren, habe ich die Mittheilung zu machen, daß Ihrer Majestät Regierung den genannten Großmächten einen speziellen Vorschlag dieser Art nicht gemacht hat, obwohl andererseits mein edler Freund (Lord Russell) das Wünschenswerthe einer Kooperation angedeutet zu haben scheint. Wenn Lord Ellenborough die vorgelegten Depeschen zu Rathe ziehen will, wird er daraus ersehen, daß die Mächte, denen wir jene Mittheilungen gemacht haben, seit dem 17. und 25. ultimo über die Ansichten von Ihrer Majestät Regierung über den fraglichen Gegenstand im Klaren sein müßten."

Den Rest der Sitzung des Unterhauses nahm die Debatte über den Antrag des Generals Sir de Lacy Evans ein, der darauf hinausläuft, das Kaufsystem der Offiziersstellen in der Armee allmälig abzuschaffen. Er will, daß mit dem alten Systeme nicht gleich gänzlich gebrochen werde, doch sollen die Offiziere theils nach ihrer Seniorität, theils im Verhältnisse ihrer Verdienste vor dem Feinde und der Zeit ihrer aktiven Verwendung in den Kolonien befördert werden. Hr. Rich wies nach, daß das Kaufsystem der Armee keine jungen Stabsoffiziere gebe, denn im Jahre 1850 habe es sich schon gezeigt, daß sie alle viel zu alt für die Anforderungen des Dienstes seien. Der größte Uebelstand aber sei, daß durch den Reichthum der Offiziere eine Verschwendung im Offizierkorps einreiße, die es dem sonst Bemittelten geradezu unmöglich mache, in die Armee einzutreten. Oberst Dixon und Kapitän Vernon vertheidigten das bisherige System. Sie wollen den Einwand von übermäßigem Luxus im Offizierkorps nicht gelten lassen, versuchen aber andererseits nachzuweisen, daß kein englischer Offizier von seiner Gage leben könne, und daß diese erhöht werden müßte, wollte man ganz Mittellose ins Offizierkorps aufnehmen. Das Stellenkaufsystem sei somit für den Staat das wohlfeilste, und daß es der englischen Armee an tapferen Offizieren nie gefehlt habe, sei durch die großen Kriege dieses Jahrhunderts, in Europa und Asien, glänzend dargethan worden. Zum Schluß deutet Kapitän Vernon (unter allgemeinem Beifall) auf den greisen Antragsteller hin, der binnen 7 Monaten, freilich im Halbinselkriege, vom Lieutenant zum Oberstlieutenant avancirt sei, ohne daß er dafür einen Schilling zu bezahlen gehabt hätte. Er sei der lebendige Beweis, daß dem wahren Verdienste das Kaufsystem nicht im Wege stehe. Der Kriegsminister Sidney Herbert gesteht die Mängel des Systems zu, warnt jedoch vor jedem Versuche, eine so delikate Körperschaft, wie das Heer, mit einem Schlage umgestalten zu wollen. Der Antrag, den er im Namen der Regierung zu stellen habe, gehe darauf hinaus, daß fortan bloß die unteren Offizierstellen bis zum Major wie bisher käuflich sein sollen. Von da nach aufwärts würde die Beförderung, einem genau spezifizirten Entwurfe zufolge, theils nach dem Altersrange, theils durch Wahl stattfinden. Nachdem noch Lord Stanley gegen Sir De Lacy's Antrag vielfache Bedenken ausgesprochen, kam dieser zur Abstimmung und wurde mit 213 gegen 59 verworfen.

London, 9. März. [Tagesnotizen.] In St. James Palace fand gestern das Lever statt, bei dem die Offiziere der Freiwilligen-Schützenkorps die Ehre hatten, der Königin vorgestellt zu werden. Zugegen war außer dem Prinz Gemahl auch der Prinz von Wales in der Uniform eines Ehren-Obersten des Oxforder Universitäts-Freiwilligen-Korps. — Ueber Cavour's Depesche an Thouvenel ist in den englischen Blättern nur Eine Stimme der Anerkennung. — Im „Advertiser finden wir folgende Zuschrift: „Die geographischen Grenzen Frankreichs. Sir, Sie werden wohlthun, die Aufmerksamkeit des britischen Publikums auf den Umstand zu lenken, daß die Kanal-Inseln (Guernsey, Jersey, Alderney und Sark) auf den neulich von der französischen Admiralität herausgegebenen Landkarten als Bestandtheile des französischen Kaiserreichs verzeichnet sind. Die Karten sind in der Rue de la Paix und in der Galerie d'Orleans im Palais Royal in Paris zu kaufen. Was kommt nächstens? Der Ihre Argus." Die Redaktion versichert, daß die Zuschrift von hochachtbarer und wohlunterrichteter Seite komme. — Gestern und heute hatten wir ganz übermäßig hohe Flut auf der Themse. Sie war vorhergesagt worden, und viele längs den Ufern Wohnenden mögen sich vorgesehen haben; aber der Schaden in vielen Stadttheilen ist nichtsdestoweniger sehr bedeutend. Viele Quartiere, die sonst geborgen waren, stehen unter Wasser. Bei Londonbridge reichte es heute Morgens über die Quais des Zollamts hinaus, und sämmtliche Magazine der benachbarten Straßen sind überschwemmt. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,669,355, der Metallvorrath 15,220,193 Pfd. St.

— [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung zeigte B. Cochrane an, er werde am Freitag an die Regierung die Frage richten, ob sie bereit sei, alle mit dem britischen Gesandten in China gewechselten Depeschen vorzulegen. Monckton Milnes zeigte an, daß er am Montag zu der (schon mitgetheilten) Motion Kinglake's den Verbesserungsantrag stellen werde, alle Worte nach „Annexirung von Nizza und Savoyen in Frankreich" wegzulassen und dafür einzuschalten: „Ihrer Majestät ergebenst das tiefe Bedauern des Hauses darüber auszudrücken, daß eine Frage, die sich auf die durch Europa's Einwilligung gezogenen und gesicherten Grenzen eines großen Staats bezieht, aus augenscheinlich unzureichenden Gründen agitirt wird, und Ihrer Majestät ergebenst zu versichern, daß dieses Haus Ihrer Majestät Rathgebern seinen ernstlichen Beistand leihen wird, um die Verhandlungen über die Frage zu einem Austrage zu bringen, der mit den wahren Interessen Frankreichs, der Schweiz und Italiens, mit der getreuen Beobachtung der Verträge und mit der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens vereinbarlich ist."

London, 10. März. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses legte Lord John Russell die Papiere Betreffs Savoyens vor. Derselbe erwiderte auf desfallsige Anfragen Vane's und Tempest's, die Regierung habe ihre Ansichten bezüglich Savoyens den Kabinetten Rußlands, Preußens und Oestreichs mitgetheilt, es seien ihr die Ansichten dieser indeß noch nicht zugegangen. Eine Depesche des Turiner Kabinets habe gemeldet, daß die Abstimmung in Savoyen mit Vorsicht, aber in voller Freiheit vorgenommen werden solle. Horsman stellte (vergl. Telegr. in Nr. 60) ein Amendement als Zusatz zur Adresse, des Inhalts, das Haus bitte Ihre Majestät, die Weglassung des Artikels 11 des Handelsvertrages bewirken zu wollen. Horsman sagte, die Glaubensbekenntnisse des Kaisers stünden im Widerspruche mit seinen Handlungen; er billigte die feste Sprache Russell's, hat aber nicht gleiches Vertrauen zu den anderen Ministern. Bentink meinte, der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag sei für England nachtheiliger, als ein Krieg. Peel wünschte, daß das Haus den Vertrag genehmigen möge, protestirte aber gegen die französische Vergrößerungspolitik. Disraeli protestirte gegen den Handelsvertrag aus politischen, finanziellen und diplomatischen Gründen. Gladstone vertheidigte den Vertrag. Bei der Abstimmung über das Horsmansche Amendement stimmten 56 für dasselbe, 282 dagegen. Die Adresse wurde angenommen und dem Oberhause übersandt. — Im Oberhause erwiderte Lord Wodehouse auf eine Anfrage Normanby's, England habe keine Parteilichkeit für Toscana gezeigt, es habe weder die früheren Wahlen beeinflußt, noch werde es dies bei den zukünftigen thun; es habe den Mächten die Politik der Nichtintervention empfohlen. Die der provisorischen Regierung Toscana's zur Last gelegten Grausamkeiten seien unbegründet. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 8. März. [Legitimistische Bestrebungen.] Die Streitigkeiten über die weltliche Macht des Papstes haben in gewissen französischen Kreisen die dynastische Frage angeregt, und man würde im Auslande weit mehr davon gehört haben, wenn derselbe Lärm, der sie erzeugte, sie wegen seines allgemeineren europäischen Interesses nicht übertäubt hätte. Die Legitimisten glauben, daß nichts mehr geeignet sei, dem Lande die Folgen der Revolution klar zu machen, als die Angriffe gegen den Papst, und da die frühere fast unbedingte Unterwerfung der Geistlichkeit unter das kaiserliche Regiment sie namenlos geschwächt hatte, so wähnen sie, dieses große Element der französischen Gesellschaft habe sich in einer Generalbeichte bekehrt und helfe jetzt den legitimistischen Thron aufbauen. Die spezielleren Freunde des Grafen von Chambord haben ihm deshalb gerathen, diesen Hebel geradezu in die Hand zu nehmen und dem lieben Gott das Uebrige zu überlassen. Der Prinz hat daher offen Partei für den angefeindeten Papst ergriffen und dessen hiesige Vertheidiger belobt. Sein Brief an Villemain macht überall in geschriebenen Exemplaren die Runde, und der alte Herr ist so vergnügt über die Huldigungen, die ihm zukommen, daß er die Absicht haben soll, seine Polemik fortzusetzen. Die liberalen Orleanisten, Villemain mit inbegriffen, haben unendlich zur Schwächung der katholischen Kirche (ich will nicht sagen des katholischen Glaubens) in Frankreich beigetragen. Sie haben in bester Absicht, von der Scheidung des weltlichen und geistlichen Unterrichts ausgehend und mit Vertreibung der Jesuiten endigend, zu jenem religiösen Indifferentismus beigetragen, der jetzt dem bonapartistischen Regimente sogar erlaubt, als ein die Religion restaurirendes sich hinzustellen. Die Umkehr zu Gunsten des Hohenpriesters der katholischen Kirche ist daher ehrenvoll, aber sie kann das langjährige Wandeln auf anderen Bahnen nicht rückgängig machen. Andererseits versteht die kaiserliche Regierung dergleichen von fern sich zeigende Gefahren sehr geschickt zu ihrem Vortheile zu benutzen. Wenn diese Koalitionsversuche nur noch einigermaßen größere Verhältnisse annehmen, wird die Regierung selbst sie dem Lande kundgeben, und die ganze Unreife der legitimistischen Situation wird auf hundert Wegen zum Vorschein kommen. Revolutionen, deren die Regierungen selbst sich bemächtigen, dauern weit länger, als die vom Volke geführten, und für die französische ist die Abendröthe noch nicht angebrochen. Es ist in dieser Beziehung interessant, die Linie, auf welcher sich die kaiserliche Regierung bewegt, scharf ins Auge zu fassen. Sie hat sorgfältig vermieden, die materiellen Interessen und, wenn man den sehr bestrittenen Punkt der weltlichen Herrschaft ausnimmt, die moralischen des Klerus irgendwie zu verletzen. Sie wird es deshalb zu keiner Scheidung von Rom bringen, aber auch nicht jenen fanatischen Widerstand erleben, der ein für allemal der Vergangenheit anzuhören scheint. Ferner kann ich nicht verschweigen, daß die Politik der Gesammtannexion Mittelitaliens an Piemont bei Weitem populärer war, als die der getheilten, dem Papste günstigeren, und daß in der Masse des Volkes die Sympathien für die Freiheit Italiens stärker sind, als die für das Besitzthum des Papstes. (Pr. Z.)

— [Tagesbericht.] Heute fand das feierliche Leichenbegängniß des Marschalls Reille statt. Derselbe war der letzte der Generaladjutanten Napoleons I. und man hatte ihm dieserhalb ganz außerordentliche Ehrenbezeugungen zu Theil werden lassen. Der Gottesdienst fand in der Invalidenkirche statt, die mit großem Pompe dekorirt war. — Die bereits mehrfach angedeutete ministerielle Kombination, wonach die Funktionen des Staatsministeriums getheilt und der finanzielle Theil desselben mit dem bestehenden Finanzministerium unter dem Titel eines Großschatzmeisteramtes vereinigt werden soll, ist nun definitiv von dem Kaiser genehmigt, wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, und wird bald ins Leben treten. — Die Regierung läßt in diesem Augenblick die Mauth-Organisation recherchiren, welche unter dem ersten Kaiserreiche in der Grafschaft Nizza und Chambery bestand, die damals die Grenzdepartements bildeten. — Marschall Pelissier hat eine neue Würde erhalten. Seine Charge eines Großkanzlers der Ehrenlegion wird jener der Minister gleichgestellt, deren Kollege er wird. Der Herzog von Malakoff kann den Konseilssitzungen beiwohnen. — Dem „Ami de la Religion" zufolge war, mit Ausnahme der Kasernen der kaiserlichen Garde, es in den Kasernen und Forts um Paris nicht verboten worden, die Messe zu lesen, wie man dies behauptet hatte. Das Verbot bezog sich nicht auf die Messe, sondern auf die Predigt, die untersagt worden war. In den Departements scheint eine derartige allgemeine Maaßregel nicht getroffen worden zu sein. — Msgr. Dupanloup ist nach Paris gekommen, um vom Gerichte einen Aufschub in seiner Sache zu erlangen, da sein Rechtsbeistand Berryer krank geworden sei. Der Aufschub wurde ihm verweigert. Es wird sehr schwer halten, ein Eintrittsbillet für den Prozeß zu erhalten, alle reservirten Plätze sind von der Magistratur und der höheren Beamtenwelt bereits mit Beschlag belegt. — Herr Vaudin, der sich kürzlich mit Herrn About schlug, ist wegen freiwilliger Körperverletzung zu einem Monat Gefängniß und seine Zeugen sind als Mitschuldige jeder zu 100 Franken Geldbuße ver-

urtheilt worden. — Vorgestern starb hier der reiche Bankier Kerveguen, ein Vetter des bekannten Deputirten gleichen Namens. Er war ehemals in Indien ansässig und hatte sich erst seit Kurzem mit einem Vermögen von 40 Millionen in Paris niedergelassen. — Der Zudrang zu den Trains de plaisir nach Havre und anderen Seeplätzen, um dort am 9. d. M. die „große Fluth" zu sehen, ist heute auf das Höchste gestiegen; eine große Anzahl von Reiselustigen kehrte vom Bahnhofe zurück, da man wegen Ueberfüllung der Züge keine Billette mehr ausgiebt. In Havre sind alle Gasthöfe schon jetzt überfüllt, und Mancher wird das Vergnügen haben, bei „die Hitze" ohne Obdach zu sein. Das Herannahen der hohen Fluth machte sich schon gestern in Havre sehr bemerkbar, die Fluth war prächtig. In St. Malo, wo der Andrang besonders großartig sein wird, ist kein Plätzchen mehr frei, auf dem ein Schaulustiger ruhen könnte. Granville soll St. Malo wo möglich noch überbieten. Interessanter noch als die Fluth soll namentlich, wenn der Wind aus Osten, also vom Lande her weht, die nachfolgende Ebbe sein; auf eine weite Strecke hin wird der Meeresgrund sichtbar werden, da in demselben Maaße, wie die Fluth steigt, die Ebbe zurückzugehen pflegt.

— [Gegen die klerikale Agitation.] Im „Constitutionnel" veröffentlicht Grandguillot einen Artikel unter der Aufschrift: „Die religiösen Agitatoren". Von der Rede des Kaisers und den Worten des Grafen Morny ausgehend (der weniger Rückhaltung zu beobachten hatte, als der Kaiser), greift Grandguillot die hervorragenden Vertheidiger der weltlichen Gewalt scharf an. „Trotz ihrer geringen Zahl (denn die Mehrheit beschränkte sich, wie recht und gebührend, darauf, für den Papst zu beten), trotz ihrer geringen Zahl gelang es den Agitatoren, viel Lärm zu machen, weil der Parteigeist ihre Stimme durch alle Echo's der Leidenschaften vervielfältigte. Nicht Ein Bischof, sagt der „Constitutionnel", hat unsers Wissens das Pamphlet des Msgr. Dupanloup gegen seinen Vorgänger gebilligt, was freilich nicht hindert, daß alle legitimistischen Blätter es als das gemeinsame Werk des Episkopats, mit Enthusiasmus aufnahmen. Wenn Herr Villemain seinerseits nicht durch einen ersten mißlungenen Versuch entmuthigt worden wäre, so würde er bereits sicherlich auch schon bei seiner dritten Broschüre sein. Herr Villemain, der sich vor einigen Jahren für ein Opfer der Jesuiten ausgab, ist plötzlich der Beichtiger des Ultramontanismus geworden. Diese Bekehrung ist bezeichnend, denn der Neophyte hat eine Beglückwünschungs-Bulle nicht vom Papste, sondern von einem Prätendenten. „Die Akademie", klagt Grandgouillot weiter, „ist der Tempel des Glaubens geworden, die Philosophen und Rationalisten vertheidigen jetzt den Papst. Gegen wen? Gegen eine Regierung, welcher der heilige Stuhl die Wiederherstellung und die Erhaltung seiner Autorität schuldig ist." „Die Regierung", heißt es schließlich, „hätte Diejenigen, welche ihre Absichten mißkennen und den Gesetzen des Landes trotzen, ihre Stärke fühlen lassen können, aber sie zog es vor, ihre Gegner zu verachten. Und obwohl auf einigen Punkten Frankreichs die Kanzel von völlig antinationalen Aufreizungen ertönte, weil einige Priester den Mangel persönlichen Ansehens durch übertriebenen Ultramontanismus ersetzen wollten, so hoffen wir doch, daß die Regierung in ihrer bisherigen Mäßigung beharren wird."

— [Das Haus Sardinien und die entthronten Fürsten.] Die Pariser legitimistische „Union" macht darauf aufmerksam, welche Verwandtschaftsbande das Haus Sardinien an die italienischen Fürsten bindet, die durch die Annexion entsetzt würden. König Victor Emanuel I., welcher von 1802—1821 (Zeit seiner Abdankung) regierte, hatte die Prinzessin Maria Theresa Johanna Josephine von Oestreich-Modena geheirathet. König Karl Albert, welcher von 1831—1849 regierte, hatte 1817, als Fürst von Carignan, Maria Theresia Franziska, Erzherzogin von Oestreich, Tochter Ferdinands III., Großherzogs von Toscana, welcher 1859 abdankte, geheirathet. Aus dieser Ehe entsprang König Victor Emanuel II., welcher heute regiert. Karl Emanuel IV., König von Sardinien, dankte 1802 zu Gunsten seines Bruders Victor Emanuel I. ab und zog sich nach Rom zurück, wo er 1819 starb. Im Jahre 1823 endlich war König Karl Felix, Nachfolger Victor Emanuels I., seines Bruders, ohne die Reklamationen Frankreichs auf dem Kongresse von Verona, ganz geneigt gewesen, die Nachfolge Sardiniens auf die Familie des Herzogs von Modena übergehen zu lassen. Wenn sohin die Annexion stattfände, würde Piemont verdrängen: 1) den Herzog von Modena, dessen Tante Königin von Sardinien war; 2) den Großherzog von Toscana, dessen Tante gleichfalls Königin von Sardinien war und die überdies Großmutter Victor Emanuels ist; 3) den Herzog von Parma dessen Großonkel, Ludwig XVIII., die Rechte des Fürsten Karl Albert von Carignan vertheidigte und ihm zum Throne verhalf; 4) den Papst, während Karl Emanuel IV. in Rom ein so großmüthiges Asyl fand.

Paris, 9. März. [Tagesnotizen.] Die Beziehungen zwischen Piemont und Frankreich sind fortwährend sehr gespannt, und man erwartet jeden Augenblick den Abmarsch der französischen Armee aus Italien. (?) Der Kaiser der Franzosen hat ein Schreiben an den König Victor Emanuel gerichtet. Dieser antwortete ihm aber in sehr achtungsvoller Weise, daß er von der in der Depesche des Grafen Cavour entwickelten Politik nicht abgehen könne. — Was die savoyische Frage anbelangt, so soll es sicher sein, daß Frankreich diese Provinz sich unter allen Umständen aneignen wird. Man versichert, Oestreich und auch Rußland (?) seien damit einverstanden. — Es heißt, der junge Prinz Napoleon, der unlängst zur kaiserlichen Hoheit ernannt worden ist, begebe sich in einigen Tagen nach Florenz. — Bezeichnend für die Aemterlust unserer Zeit ist der Umstand, daß die Regierung für jede in den neu erworbenen oder zu erwerbenden Departements zu vergebende Stelle bereits vier bis fünf Gesuche in Händen hat. — Die Depeschen des Hrn. Thouvenel sollen dortigen Berichten zufolge die Reihen der Annexionisten in Mittelitalien bedeutend vermehrt haben. — Baron Gros geht erst am 28. März nach China ab, was der Uneinigkeit der beiden Regierungen bezüglich der in China zu befolgenden Politik zugeschrieben wird. England hat die beabsichtigten Sendungen von Truppen-Verstärkungen nach China eingestellt; Frankreich wird in Folge dessen auch die Sendung der eben in Toulon eingeschifften eisernen Kanonenboote aufschieben.

Paris, 10. März. [Frankreichs Politik und das allgemeine Stimmrecht.] Der heutige „Constitutionnel" enthält einen von Grandguillot unterzeichneten Artikel mit der Ueberschrift: „Das allgemeine Stimmrecht und die europäische Ordnung". Der Artikel hält es für nothwendig, die Grenze der Lehre von der Volkssouveränetät zu bestimmen, welche jetzt gegen die kaiserliche Politik zum Vortheil von Kombinationen angerufen wird, gegen welche sich nicht protestiren läßt. (?!) Da sich aber auswärts Inspirationen vorbereiten, so sei es nothwendig, zu zeigen, wie sie durch eine irrige Erweiterung Veranlassung zu unaufhörlichen Störungen und Gefahren für Europa geben können. Das allgemeine Stimmrecht könne nur im Inlande angewandt werden, aber nicht dazu dienen, die Ausübung der Souveränetät bis zu ihren Beziehungen zum Auslande zu modifiziren, noch um eine Vergrößerung des Territoriums herbeizuführen. (Aehnliche Ansichten und Absichten Louis Napoleons hat der Pariser Korrespondent der „Daily News" schon am 6. d. angedeutet. D. Red.) Der Artikel entbindet die Solidarität der französischen Politik von Handlungen, die ebensowenig mit den Rathschlägen derselben, als mit dem allgemeinen europäischen Rechte in Einklang stehen. (Wie lange wird diese phrasenmachende, alles Dagewesene überbietende Unverschämtheit der französischen Hofpublizisten noch dauern? Zu blenden vermag sie freilich schon lange keinen Verständigen mehr! D. Red.)

— [Komplott in Neapel; sardinische Note.] Hier eingetroffene Nachrichten aus Neapel vom 6. d. melden, daß die Regierung des Glaubens war, ein Komplott, welches am 1. d. zum Ausbruch kommen sollte, entdeckt zu haben. Es waren 100 Personen verhaftet worden. Ein Theil derselben hat Pässe erhalten, ein anderer erwartete im Gefängnisse die Entscheidung. — Hier eingetroffene Depeschen aus Turin vom gestrigen Tage geben einen Auszug aus der Note des Grafen Cavour vom 29. v. M. an Ricasoli und der Antwort Ricasoli's und Farini's, welche anzeigen, daß sie sich in Einvernehmen gesetzt haben, die Nation unter Entwickelung ihrer Gründe zu befragen. (Tel.)

Belgien.

Brüssel, 9. März. [Kirchliche Streitigkeiten.] In unserer klerikalen Welt gehen in diesem Augenblick merkwürdige Dinge vor. Bekanntlich besteht zwischen der Philosophie, die auf der katholischen Universität von Löwen seit ihrem Ursprunge unter dem Namen des Traditionalismus gelehrt wird, und zwischen den Doktrinen, welche der heilige Stuhl über die wesentlichsten Prinzipien der menschlichen Erkenntniß verkündet, ein Widerspruch. Diese Thatsache zeigt von einer ungleichen Meinung zwischen den ältern belgischen Bischöfen und denjenigen, die, wie die Herren Malou und de Montpellier, durch den Einfluß der Jesuiten ernannt worden sind; und sie giebt insbesondere die wundersame Enthüllung, daß eine von sechs Bischöfen gegründete und geleitete Universität seit ihrem Ursprunge philosophische Doktrinen gelehrt hat, die eigentlich Heterodoxe sein sollen, die, so zu sagen die Gegner, zum Sensualismus, zum Materialismus und sogar zur Negation der Offenbarung führen, indem sie die menschliche Vernunft vernichten und die Nothwendigkeit der Offenbarung selbst übertreiben. Diese Streitfrage des Traditionalismus, die in der letzten Zeit etwas eingeschlafen war, ist, wie gesagt, wieder aufgetaucht. Die obengenannten Bischöfe von Brügge und von Lüttich, die in Uebereinstimmung mit den Jesuiten ihre Absichten auf die Universität Löwen haben, haben die Debatte wieder aufgeweckt, indem sie Herrn Lupus beauftragten, ein mit Citaten aus den Kirchenvätern gespicktes Werk gegen die Doktrin zu schreiben, welche auf der bischöflichen Universität gelehrt wird. Kaum war die Arbeit des Herrn Lupus erschienen, als die Herren Malou und de Montpellier derselben ihre wärmste Zustimmung gaben, und der Verfasser von Rom aus die spezielle Approllation des ehrwürdigen Paters Peronne von den Jesuiten und Bezeugungen von der Befriedigung des heiligen Vaters erhielt. Bemerkenswerth aber ist, daß keiner der anderen belgischen Bischöfe sich seinen Kollegen von Brügge und Lüttich angeschlossen hat, während im Gegentheil Hr. Lefebre, Dekan der theologischen Fakultät von Löwen die Schrift des Herrn Lupus in der „Revue catholique" heftig angriff. Man weiß übrigens, daß Herr de Montpellier den Dr. Kempeners, Anhänger der Philosophie von Löwen, von dem Seminar von Lüttich entfernt und aufs Land geschickt hat, und daß ein ehrenwerther Professor des kleinen Seminars von St. Trond gleichfalls seinen Lehrstuhl der Philosophie verlassen mußte, um eine kleine Pfarre in Lüttich einzunehmen. Der Rektor de Ram und die Professoren der Philosophie und der Theologie von Löwen haben sich wohl zu hüten. Wenn ein bischöflicher Stuhl vakant werden sollte, wird nicht Herr de Ram ihn erhalten, sondern ein Schützling seiner Gegner, und alsdann wird wahrscheinlich die Majorität auf Seiten der Jesuiten sein, die alsbald die Hand auf die Universität Löwen legen würden, um von da aus zur Herrschaft über den ganzen belgischen Klerus zu gelangen. (V. Z.)

Italien.

Turin, 6. März. [Die Annexion.] Schon nach der Haltung Guerazzi's zu urtheilen, wird die Annexion in ganz Zentralitalien mit großer Majorität angenommen werden. Ein Schreiben dieses ehemaligen Anti-Annexionisten an die Bewohner von Livorno fordert auf, für die Einverleibung mit Sardinien zu stimmen, und erinnert daran, daß Livorno im Jahre 1848 der Einheit Italiens 22,000 Unterschriften hergegeben. Er führt die Worte an, welche der König während seiner letzten Unterredung an ihn gerichtet hat: „Verlasse Dich darauf, Guerazzi, daß im Falle eines äußersten Unglücks Du sehen wirst, wie ich Meine Krone und Mein Leben für Italien auf das Spiel setze." (K. Z.)

— [Note des Grafen Cavour an den sardinischen Gesandten in Paris.] Die Depesche, in welcher Graf Cavour die französischen Vorschläge zurückweist, ist vom 1. März datirt und lautet in ihrem wesentlichen Theile, wie folgt:

Indem ich mir vorbehalte, in einer anderen Depesche die nicht auf Mittel-Italien bezüglichen Argumente zu behandeln, beeile ich mich, Ihnen, Herr Ritter, die Antwort der königl. Regierung auf die Vorschläge mitzutheilen, die von Ihrer Seite der Gegenstand gründlicher Prüfung und gewissenhafter Erörterung gewesen sind. Da dieselben von einer Regierung herrühren, welche so viele Ansprüche auf die Dankbarkeit Sardiniens hat und deren wohlwollende Fürsorge um das Wohl Italiens über allen Zweifel erhaben ist, so war die königliche Regierung in der natürlichen Stimmung, sie auf das günstigste aufzunehmen. Ungeachtet dieser Neigung mußte sich das Kabinet, in dem ich den Vorsitz zu führen die Ehre habe, davon überzeugen, daß diese Vorschläge in ihrer Ausführung fast auf Hindernisse stoßen würden, die zu überwinden nicht in der Macht der königl. Regierung stehe, und zwar aus folgenden Gründen, die, wie ich hoffe, Herr Thouvenel nach ihrem eigentlichen Werthe zu würdigen wissen wird. Ich beabsichtige keineswegs, über die uns mitgetheilten Vorschläge in eine erschöpfende Diskussion einzugehen. Welche Einwände sie auch, wie ich theilweise unten andeuten werde, veranlassen mögen, so viel ist gewiß, daß sie für Italien eine weit vortheilhaftere Lösung enthalten, als die, auf welche man unmittelbar nach dem Frieden von Villafranca zu hoffen sich erlauben konnte. Die vollständige Vernichtung des östreichischen Einflusses auf dem rechten Po-Ufer, die Ausschließung eines jeden Gedankens an Restauration, endlich eine der Romagna zugesicherte weltliche und freisinnige Regierung sind unermeßliche Wohlthaten von unberechenbarer Tragweite. Deshalb ist es auch wahrscheinlich, daß, wäre diese Lösung im Monat August vorgeschlagen worden, sie, wenn auch nicht mit Enthusiasmus, so doch ohne Widerstreben von Mittel-Italien angenommen worden wäre. Nicht ganz mehr so verhält es sich heute. Sardinien kann wohl noch aus schuldiger Rücksicht gegen Frankreich in dem, was es selbst betrifft, dieselben hinnehmen, um einem so gefahrvollen und seinen Interessen so nachtheiligen prekären Zustande ein Ende zu machen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß diese Vorschläge in Toscana und der Romagna auf die ernstesten Hindernisse stoßen, die bewältigen zu können die k. Regierung sich nicht zu schmeicheln vermag. Die Bevölkerungen dieser Gegenden werden seit mehr als acht Monaten von einer nationalen Regierung verwaltet, welche den feurigsten Patriotismus mit ausgezeichneter Mäßigung und Klugheit zu vereinigen verstand. Diese Haltung Mittelitaliens, der Herr Thouvenel in seiner Depesche an den Marquis de Moustier volle Gerechtigkeit zu zollen die Gewogenheit hatte, fand in ganz Europa lobende Anerkennung. Es ergab sich daraus, daß das Rechtsgefühl, jetzt über ihr Schicksal verfügen zu können, bei diesen Bevölkerungen sich stark entwickelt hat. Es wurde durch die wiederholten förmlichen Versicherungen der kaiserl. Regierung bestärkt, welche erklärte, niemals die gewaltsame Einführung einer Sonderherrschaft dulden zu wollen. Dieses Gefühl erlangte endlich eine unwiderstehliche Macht durch die Veröffentlichung der vier englischen Vorschläge, von denen die beiden ersten, ohne Vorbehalt von Frankreich angenommen, in peremtorischer Weise das Prinzip der Nichtintervention feststellen. Angesichts einer solchen Sachlage muß sich Sardinien darauf beschränken, den mittelitalienischen Regierungen die französischen Vorschläge mitzutheilen, ohne ihnen irgend einen der Gründe vorzuenthalten, welche die kaiserliche Regierung nach reiflicher Erwägung zu der Annahme bestimmt haben, diese Vorschläge als eine Versöhnung der italienischen Interessen mit den Anforderungen Europas, als die geeignetste Lösung zur Sicherung eines dauernden Friedens anzusehen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß die aus der Volkswahl hervorgegangenen Regierungen die Verantwortlichkeit eines so ernsten, über das Schicksal dieser Bevölkerungen entscheidenden Schrittes übernehmen. Sie werden sich natürlicherweise verpflichtet fühlen, wie sie auch durch den vierten englischen Vorschlag zu handeln aufgefordert worden, die Nation zu befragen, um eine möglichst vollständige und überzeugende Kundgebung ihrer Wünsche zu erlangen. Deshalb werden sie vielleicht die allgemeine und direkte Abstimmung als das Mittel ausersehen, welches ihnen wohl am wenigsten bestritten werden kann. Die erwähnte Mittheilung wird heute noch entweder Herrn Farini oder Baron Ricasoli zugehen. Hält es die französische Regierung für nothwendig, sie durch Gründe oder Erwägungen zu vervollständigen, die im Besonderen auf Toscana oder die Romagna ihre Anwendung finden, so werde ich mich beeilen, sie ihnen in loyaler Weise zu vermitteln, und sie dabei auffordern, denselben in dem Maaße die Oeffentlichkeit zu Theil werden zu lassen, wie es Herr Thouvenel als geeignet betrachtet.

Immerhin glaube ich jedoch bemerken zu müssen, daß, wenn man den auf die Romagna bezüglichen Vorschlag in der Form, in welche ihn die Depesche des Herrn Thouvenel einkleidet, vorlegte, man auf seine beinahe einstimmige Verwerfung durch die Romagnolen gefaßt sein müßte. Andererseits würde ihn der heilige Vater vielleicht noch ungünstiger aufnehmen, als wenn es sich um die absolute Lostrennung seiner Provinzen handelte. Die Idee eines Vikariats mit unmittelbarem Eingreifen der römischen Kurie in die innere Verwaltung würde die Bevölkerungen dieser Gegenden aufs Neue zu einem unbedingten Widerstande veranlassen. Man könnte ihnen dieselbe nicht anders, als durch Gewalt aufdrängen. Der Volksabstimmung unterzogen, würde dieser Vorschlag kaum eine Stimme erhalten. Darüber kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen. Es ist außerdem offenbar, daß der heilige Vater auf diese Kombination nicht eingehen könnte, so sehr dieselbe auch von dem Wunsche eingegeben sein mag, seine Rechte zu wahren und seine hohe Stellung in Italien nicht zu verringern. Denn was in der That bis jetzt Se. Heiligkeit verhindert hat, ich sage nicht: auf Maaßregeln einzugehen, die nothwendigerweise seine souveräne Macht herabsetzen mußten, sondern sogar auf Reformen, welche ihm von ganz Europa angerathen wurden, das war die Furcht vor einer Verantwortlichkeit für Handlungen, die, obgleich den in den meisten zivilisirten Ländern zu Recht bestehenden Prinzipien entsprechend, zu nachtheiligen Konsequenzen für die Vorschriften der religiösen Moral führen konnten, als deren höchsten Wächter der päpstliche Oberhirt sich mit Recht betrachtet. Ein jüngst vorgefallenes Ereigniß dient dieser Behauptung zur Bestätigung. Als Frankreich, um der Besetzung Roms ein Ende zu machen, den päpstlichen Stuhl aufforderte, gleich den übrigen europäischen Mächten, eine nationale Armee zu bilden, antwortete man ihm, der heilige Vater könne auf ein Rekrutirungssystem nicht eingehen, weil es seinem Gewissen zuwider sei, eine große Zahl seiner Unterthanen zu einem auch nur vorübergehenden Zölibat zu verdammen. Die Errichtung eines Vikariates würde diese Bedenklichkeiten nicht überwinden. Da sich der heilige Vater als indirekt verantwortlich für die Handlungen seines Vikars ansehen müßte, so würde er ihm gewiß nicht die nothwendige Freiheit zum Handeln lassen, um aus der vorgeschlagenen Kombination ein nützliches Resultat zu ziehen. Ich denke, daß Frankreich, um dem heiligen Vater gewisse Vortheile zu sichern und ihm die Oberherrlichkeit in politischen Dingen zu erhalten, mit geringeren Schwierigkeiten sein Ziel erreichen würde, wenn die Annexion unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Königs von Sardinien vor sich ginge, mit dem päpstlichen Stuhle zu unterhandeln und vermittelst gewissen Verpflichtungen, die er demselben gegenüber auf sich nehme, dessen Zustimmung zu der neuen Lage der Dinge zu erlangen. Diese Verpflichtungen beständen in der Anerkennung der Oberherrlichkeit des Papstes, in der Verbindlichkeit, selbst durch Waffengewalt dessen Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten, und in einem gewissen Maaße zu den Ausgaben des römischen Hofes beizutragen. Nach diesen Erwägungen, die Herrn Farini nicht entgehen können, ist es möglich, daß die Regierung der Romagna, um eine aufrichtigere Kundgebung der Volkswünsche zu erlangen, des Vikariats in dem Vorschlage, den sie der allgemeinen Abstimmung unterziehen wird, nicht ausdrücklich erwähne. Sollte jedoch Herr Thouvenel anders darüber denken, so glaube ich, daß Herr Farini keine Schwierigkeiten erheben würde, um die Abstimmungsformel der von Hrn. v. Talleyrand mitgetheilten Depesche gemäß aufzustellen. Da der auf Toscana bezügliche Vorschlag zu keiner zweideutigen Auffassung Veranlassung geben kann, so enthalte ich mich aller Bemerkungen über die Form, in welcher er der Volksabstimmung unterbreitet werden soll. Welche Antwort auch die mittelitalienischen Staaten geben werden, die königl. Regierung hat zum Voraus erklärt, sie ohne Vorbehalt anzunehmen. Erklärt sich Toscana für Beibehaltung seiner Autonomie in Form eines getrennten Staates, so wird sich Sardinien nicht allein der Verwirklichung dieser Wünsche nicht widersetzen, sondern offen dazu beitragen, um die Schwierigkeiten, auf welche diese Lösung stoßen sollte, zu überwinden und den Uebelständen vorzubeugen, die sich daraus ergeben könnten. Ein gleiches Verfahren wird Sardinien der Romagna, so wie den Herzogthümern Parma und Modena gegenüber einhalten. Wenn aber dagegen diese Provinzen abermals und in glänzender Weise ihren festen Willen aussprechen sollten, mit Piemont vereinigt zu werden, so können wir uns diesem Wunsche nicht länger widersetzen. Wollten wir es auch, wir vermöchten es nicht. Bei dem gegenwärtigen Zustande der öffentlichen Meinung würde ein Ministerium, das ein neues, durch ein zweites Volksvotum sanktionirtes Annexionsbegehren von Toscana zurückwiese, nicht allein keine Stütze im Parlament finden, sondern es würde bald durch ein einstimmiges Tadelsvotum gestürzt werden. Indem die k. Regierung von vornherein die Eventualität der Annexion antritt, übernimmt sie eine unermeßliche Verantwortlichkeit. Die in der Depesche des Herrn Thouvenel an Herrn v. Talleyrand enthaltenen förmlichen Erklärungen machen, wie die k. Regierung erkennt, die Gefahren weit größer, die dieser Schritt nach sich ziehen kann. Wenn sie davor nicht zurückweicht, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß nicht allein das Kabinet, sondern auch der König selbst durch das Verwerfen des toscanischen Verlangens alles moralische Ansehen in Italien verlieren und sich wahrscheinlich darauf beschränkt sehen würde, durch nichts Anderes mehr, als durch die Gewalt, regieren zu können. Eher, als daß der König und seine Regierung das große Werk der Wiedergeburt, für welches Frankreich so viele hochherzige Opfer gebracht, gefährden sollten, rathen ihnen die Ehre und selbst das wohlverstandene Interesse ihres Landes, sich den gefahrvollsten Wechselfällen auszusetzen. Ich schmeichle mir mit der Hoffnung, daß Herr Thouvenel die Gründe würdigen werde, welche uns ein derartiges Verhalten vorschreiben, und daß er selbst dann, wenn er glaubte, wir hätten einen falschen Weg eingeschlagen, den Gefühlen Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, die uns verhindern, uns vollkommen in die Rathschläge einer Regierung zu finden, für welche wir eben so viel Sympathie als schuldige Achtung haben.

Nachdem ich in freimüthigster Weise die Absichten der königlichen Regierung dargelegt habe, muß ich vor dem Schlusse noch einige Bemerkungen über

(Fortsetzung in der Beilage.)

den Vorschlag anknüpfen, Toscana seine Autonomie zurückzugeben, auf den der Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Kaiserreiches ein so großes Gewicht zu legen scheint. Herr Thouvenel befürchtet, eine allzugroße Ausdehnung Sardiniens möge die Aufgabe der königlichen Regierung allzusehr erschweren, und dieselbe laufe Gefahr, von den äußersten Parteien fortgerissen zu werden, die in den monarchischen Traditionen und dem konservativen Instinkte der alten Provinzen Piemonts kein hinreichendes Gegengewicht mehr fänden. Ich gestehe ein, diese Befürchtung nicht theilen zu können. Wenn die Annexion von Mittelitalien stattfindet, so wird Toscana wahrscheinlich die Provinz sein, welche das konservativ-liberale Element am meisten kräftigen wird. Die Konstituirung des Eigenthums, die Sitten der Bewohner, die historischen Ueberlieferungen, Alles vereinigt sich, um in diesem Lande den verständigen Ansichten der gemäßigten Partei ein entschiedenes Uebergewicht zu verleihen. Die Ereignisse von 1848 und noch mehr der ganze Verlauf des letzten Jahres beweisen, daß die große Majorität der Toscaner mit einem lebhaften Patriotismus einen ausgeprägten Sinn für Ordnung zu vereinigen weiß und daß sie deshalb unser konstitutionelles Gebäude stärken und keineswegs erschüttern werde. Würde die Annexion von Toscana schwerere Uebelstände, größere Gefahren in Bezug auf die auswärtige Politik darbieten? Ich würde es nicht zu bestreiten wagen, wenn man zwischen der Annexion und der Restauration der Lothringischen Dynastie zu wählen hätte. Sicherlich würde, wenn diese Lösung sich verwirklichen ließe, Oestreich dieselbe ohne Schwierigkeit annehmen, und sie würde sofort die Sanktion Europas erhalten. Aber ein freierwählter Fürst wird auf dasselbe Widerstreben in Wien stoßen und in Petersburg und Berlin mehr Einwendungen hervorrufen, als wenn Victor Emanuel selbst Toscana mit seinen Staaten vereinigte. Wenn man den Toscanern einen Prinzen gegen ihren Willen aufnöthigte, so würde man also unabsehbare Schwierigkeiten im Innern schaffen, ohne in der auswärtigen Politik eine Kompensation dafür zu finden. Nach meiner Ansicht bietet die Wiedereinführung eines autonomen Zustandes in Italien gar keine Vortheile dar, kann aber schwere Verwickelungen und ernstliche Uebelstände hervorrufen. Ein von freisinnigen Institutionen umgebener Thron, der weder das Legitimitätsprinzip noch den Volkswillen zur Grundlage hätte, wäre ohne Wurzel und ohne Stütze. Die ultrakonservative Partei und die Fraktion des Klerus, welche die Interessen der Religion mit denen des Rechtes von Gottes Gnaden (droit divin) vermengt, würde einen solchen Thron auf das Aeußerste bekämpfen. Ein Gleiches würde die nationale Partei thun, welche sicherlich die Annexionsideen nicht aufgeben würde. Wer würde ihn vertheidigen? Die Anhänger der Munizipalidee. Diese sind jedoch keineswegs zahlreich und nehmen mit jedem Tage ab, denn die Ideen folgen überall, und namentlich in Italien, einer der den munizipalen Instinkten entgegengesetzten Strömung. Ohne Freunde und entschlossenen Gegnern gegenüber, wäre der neue Souverän, so groß auch sein persönliches Verdienst sein möchte, bald auf eine absolute Ohnmacht beschränkt. Man mag vielleicht das einwenden, was ich weiter oben von den konservativen Elementen Toscanas sagte. Darauf entgegne ich, daß die Toscaner gemäßigt sind, ohne apathisch oder indifferent zu sein, und daß die Parteien, indem sie keine übertriebenen, deshalb doch fest ausgeprägte Ansichten hegen. Nun aber wäre eine Regierung, die im Widerspruche zu den Prinzipien aller Parteien stände, sicher, auf eine wenn nicht heftige, so doch entschiedene Opposition zu stoßen. Aber die Opposition im Innern wäre nicht die größte Gefahr, welche die Toscanische Regierung bedrohen würde. Ihre Schwäche würde unfehlbar alle ungestümen Geister, die extremen Köpfe aller anderen Parteien Italiens nach Toscana ziehen. Dieses Land würde bald ein selbst den Nachbarländern gefährlicher Revolutionsheerd. Mit Hülfe dieser fremden Elemente würde die gesetzliche Opposition bald zu einer gewaltthätigen, umstürzenden werden, sie würde nach einiger Zeit den Souverän zwischen eine Revolution und einen durch auswärtige Kräfte unterstützten Staatsstreich stellen, und diese unheilvolle Alternative, die den Charakter der nationalen Bewegung tief entstellen würde, wäre für Italien die Quelle unberechenbarer Uebel.

Turin, 7. März. [Kleine Notizen.] Graf Arese soll demnächst, mit einer neuen Mission betraut, abreisen. Graf Reiset wird abermals in Italien erwartet. — Ludwig Lucian Bonaparte soll nächstens in Florenz eintreffen. — Es wird versichert, Cavour habe vorgestern seine Entlassung verlangt, der König ihn jedoch zum Bleiben bewogen, indem er ihm versicherte, er wolle alle Folgen seiner Politik auf sich nehmen. — Der Artillerieoberst Marabotto geht nach London, um dort gezogene Kanonen zu übernehmen; ein anderer Artillerie-Offizier nach Algier. Zwischen Alessandria und Casale soll ein Korps von 40,000 Mann konzentrirt werden. — Die Rede des Herrn v. Vincke hat hier und in der Lombardei den besten Eindruck hervorgebracht. Man sympathisirt mit Preußen auf das Innigste und sieht in diesem Lande in einer gegebenen Zukunft einen aufrichtigen und thätigen Bundesgenossen. — In Perugia fand am Fastnachtsdienstage eine allgemeine Wallfahrt nach dem Kirchhofe zu den Gräbern der Gefallenen statt. Oberst Schmidt, der noch immer daselbst kommandirt, ließ jedoch die Leute nach Hause treiben und den Kirchhof schließen, auf dem diejenigen, welche schon vor dem Schließen auf demselben sich befanden, mehrere Stunden eingeschlossen blieben.

— [Strenge Maaßregeln im Venetianischen; Rüstungen; Mittelitalien.] Man schreibt der „Correspondance Bullier“ von hier: Oestreich fährt fort, in Venetien Gewaltthaten auszuüben. Auf den ersten Verdacht hin verhaftet man Venetianer und bringt sie auf die Festungen des Reiches. Die Gemeinden haben eine monatliche Auflage von 8000 Fl. erfahren, welche zum Unterhalte der politischen Gefangenen verwendet werden. Alle Tage kommen neue Truppen und Kriegsmaterial nach Verona und nach Trient. Die Dampfer des Lloyd befördern tagtäglich Soldaten nach Ancona, und Oestreich hat auf diesem Punkte schon eine kleine organisirte und disziplinirte Armee, welche bereit ist, Zentralitalien zu überfallen. Sardinien, das die Gefahr sieht, bleibt nicht unthätig; man hat Lebensmittel für die Armee angekauft; täglich langen Pferde hier an, in den Arsenalen wird Tag und Nacht gearbeitet. Die Generale Fanti und Cialdini haben Modena und Bologna besucht, um die nothwendigen Vertheidigungsmaaßregeln zu treffen. Der Kommandeur der Flottille auf dem Gardasee ist nach Turin beschieden worden, um die Befehle des Ministeriums entgegenzunehmen. Die von den Truppen geräumten Kasernen sollen zu Spitälern und Waffenniederlagen umgewandelt werden. — Die Annexion wird ohne Zweifel von ganz Zentralitalien angenommen werden. In Florenz veranstaltete das Volk eine große Demonstration unter den Fenstern der Wohnung Ricasoli's und man hörte nichts als Eviva Ricasoli! Eviva Vittorio Emanuele il nostro Re! Eviva Cavour! Vom Pallaste des Gouverneurs begab sich das Volk vor das Hotel der französischen Gesandtschaft und dort wurde eine Demonstration zu Ehren des Kaisers der Franzosen gemacht. In Florenz, in Bologna, in Modena, in Parma, überall erscheinen die Bauern mit ihren Trikolorenfahnen unter dem Rufe: Es lebe Victor Emanuel! Es lebe Frankreich! Die Ausschüsse der italienischen Nationalgesellschaft haben sich überall konstituirt und man tritt ihnen allgemein bei. Die Grundbesitzer begeben sich aufs flache Land, um mit den Landleuten zu stimmen. Graf Arese wird in einigen Tagen nach Paris zurückkehren. Boncompagni hat seine Entlassung als Gouverneur gegeben; er wird im Laufe der Woche in Paris erwartet. Die Jesuiten und Mönche verlassen die Marken und Umbrien, wo sie sich nicht mehr sicher genug glauben. Diesen Morgen hat die Regierung die Nachricht bekommen, Oestreich habe sehr gemessene Befehle an die Truppenkommandanten in Venetien gerichtet, die sich auf die Eventualität einer Besetzung von Zentralitalien Seitens Sardinien beziehen.

— [Die savoyische Frage; Stimmung in Rom; Rüstungen.] Die Cavour'sche Note vom 2. März über Savoyen ist in der Turiner „Opinione“ vom 9. März veröffentlicht worden. So viel ist jetzt klar, daß die Ansicht derjenigen, welche das Vorhandensein eines schon vor dem Feldzuge abgeschlossenen Paktes über diese Abtretung behaupteten, durch die Cavour'sche Note keinerlei Bestätigung findet; im Gegentheil ist die Verklausulirung in den dem sardinischen Aktenstück gegen die französischen Ansprüche so stark, wie die Rücksichten gegen den uneigennützigen „Wohlthäter Italiens“ nur irgend einem sardinischen Minister gestatten. Uebrigens richtet man sich in Savoyen bereits auf die schlimme Möglichkeit ein, und der „Courrier des Alpes“, der zu Chambery erscheint, zeigt an, der Abmarsch der neuerdings zu den Fahnen berufenen Altersklassen von 1830 — 1834 sei, was Savoyen anbetreffe, vertagt worden. Während Cavour die Abtretung nur auf Wunsch der Bevölkerungen, unter den vom Parlamente vorgeschriebenen Bedingungen und vorbehaltlich der besonderen Grenzregulirung und der den abgetretenen Provinzen von Frankreich zu bewilligenden Garantien, zugesteht, also dem Wege diplomatischer Vereinbarungen noch ein weites Feld offen läßt, hält die römische Kurie, wie jetzt von Neuem bestätigt wird, die Exkommunikation gegen Victor Emanuel und dessen Helfer bereit, und die Schleuderung des Blitzes wird erfolgen, sobald der erste piemontesische Soldat in die Romagna einrückt. Auch von dem bewaffneten Einfall päpstlicher Truppen in die Romagna ist wieder stark die Rede, und in Bologna herrscht, laut römischen Briefen vom 6. März, deßhalb große Erbitterung, besonders gegen die Priester, während die Befestigungs-Arbeiten mit gesteigertem Eifer betrieben werden. — Aus dem Venetianischen hören wir wenig Gutes. Dort bereitet sich Oestreich zum Kriege vor, und wenn es wahr ist, daß Frankreich sich dem Wiener Hofe gegenüber, wie hier versichert wird, verpflichtet hat, seine Truppen aus Italien zurückzuziehen, so kann es leicht zu neuen Kämpfen kommen. Die Italiener sind gefaßt darauf und legen eine Thätigkeit für die Ausrüstung an den Tag, welche beweist, wie ernst die Lage ist, und wie richtig dieser Ernst hier verstanden wird.

Turin, 9. März. [Depeschenverkehr zwischen Cavour, Farini und Ricasoli.] Eine telegraphische Mittheilung der „Hamb. Nachr.“ giebt Näheres über die schon erwähnte an Cavour gerichtete Depesche Farini's aus Bologna vom 2. März in Beantwortung einer Depesche des ersteren vom 29. Februar; dieselbe legt die Gründe dar, welche zum Erlaß des Dekrets vom 1. März geführt haben, in welchem die Bevölkerungen der Emilia zu einer abermaligen Abstimmung über die Annexionsfrage berufen werden. In derselben Depesche setzt Farini ferner die Gründe auseinander, weshalb er die Frage in Betreff des Vikariats in der Romagna nicht gleichfalls der Entscheidung durch das allgemeine Stimmrecht unterworfen habe. Diese Frage berühre mehr die Beziehungen des Königs zum Papste als die Bevölkerung. — Wie ebenfalls schon erwähnt, macht eine Depesche Cavours vom 29. Febr. Ricasoli Mittheilung von den franz. Ideen in Bezug auf Mittelitalien. Cavour hält sich überzeugt, daß Ricasoli die Rathschläge in Erwägung ziehen werde, welche der Kaiser der Franzosen, dem Italien seine neuen Geschicke verdankt, Toscana ertheilt. — Eine an Cavour gerichtete Depesche Ricasoli's vom 4. März berichtigt die Behauptung, als sei Toscana von einer unüberlegten Hinneigung zu Sardinien beseelt. Die Bevölkerung Toscana's sei einsichtsvoll genug, um zu wissen, daß die Vereinigung mit Sardinien eine nothwendige Konsequenz der nationalen Idee ist, welche Toscana beseelt. Ricasoli setzt schließlich die Gründe auseinander, welche ihn bei seinem Dekret über die abermalige Abstimmung in Bezug auf die Annexion geleitet haben, eine Abstimmung, die nicht im Widerspruche mit den Wünschen des Kaisers stehen werde.

Florenz, 3. März. [Volksabstimmung.] Man schreibt der „Correspondance Bullier“: „Sie werden die Situation von Toscana erst dann kennen, wenn ich Ihnen von einem allgemeinen verbreiteten Wunsche gesprochen haben werde. Das Dekret, welches die Nation zusammenberuft, um zwischen der Annexion und einem abgesonderten Staate zu wählen, ist vom 1. d. datirt und erst gestern veröffentlicht worden, und schon höre ich von allen Seiten sagen, das freie Votum sei unmöglich, wir können uns nicht mit voller Sicherheit aussprechen, wenn wir uns nicht durch ein französisches Korps geschützt wissen. Die öffentliche Meinung (??) verlangt, daßin aller Eile französische Truppen Florenz nnd Livorno besetzen.“ (Das heißt doch aller Unverschämtheit die Krone aufsetzen.)

Rom, 29. Febr. [Aufregung.] Die Regierung erhielt während des Karnevals hier und noch mehr in den größeren Landstädten unzweideutige Beweise von der allgemeinen Abkehr der Gemüther. Sie verdient das nicht, wenigstens nicht für die Geduld und Nachsicht, mit der sie das ungesetzliche Wesen eines eigensinnigen Volkes seit fast einem Jahre erträgt. Bei den öffentlichen Karnevalsvergnügungen, in den Theatern, bei Pferderennen kamen unter den Augen der Behörden herausfordernde Beschimpfungen, meist durch laute Demonstrationen vor. Die Stadtposten bekamen eine Unzahl anonymer Korrespondenzen zu bestellen, die nach den verschiedensten Seiten hin mit dem gezogenen Dolche drohten. Dies Einschüchterungssystem war hier gewöhnlich von besonderen Erfolgen begleitet und machte auch diesmal manchen Beamten gegen die Sache der Regierung gleichgültig oder ihr ganz abwendig. Im Bewußtsein, daß sie nirgend mehr Meister der Lage ist, fängt sie an, sich schwach zu zeigen. An mehreren Orten erfolgte die Vertreibung mißliebiger Kommunalbeamten, weil sie für Parteigänger der Regierung galten, und die Stadt Terni verweigerte geradezu die Steuern. Zwangsmittel schienen gegen sie nicht gerathen, waren auch nicht gleich zur Hand, und so ist zu besorgen, daß bald andere Städte diesem Beispiele folgen werden. Der Präsident der Konsulta, Kardinal Savelli, sagte das Eintreten solcher Zustände voraus, mußte aber deshalb seine Entlassung nehmen. Jetzt dringt der weitersehende Theil der Finanzräthe darauf, der Papst möchte sich zur Annahme der von katholischen Vereinen Englands, Deutschlands und Frankreichs gemachten Anleihe-Erbietungen sobald wie möglich entschließen. Unter diesen beängstigenden Aussichten munkelt es wieder, die französische Garnison werde zu Ostern Rom räumen. Ich glaube, das Gerücht dient auch diesmal nur als Mittel, die Agitation höher zu treiben. (N. P. Z.)

Bologna, 4. März. [Die Proklamation Farini's], die dem Dekrete vorausgeht, durch das die allgemeine Abstimmung über den Anschluß an Sardinien auf den 10. und 11. März anberaumt wird, lautet:

„An die Völker der Emilia! Der König hat die Kollegien zur Deputirtenwahl zusammenberufen. Wir müssen in der Weise verfahren, daß, wenn der Nationalwille bei den bereits gefaßten Beschlüssen beharrt, die Deputirten dieser Provinzen so gesetzmäßig gewählt, wie ins Nationalparlament aufgenommen werden können. Es ist für Italien von großem Heil gewesen, daß der hochherzige Kaiser der Franzosen mit seinen heldenmüthigen Truppen im Verein mit dem Könige den Unabhängigkeitskrieg führte. Er hat uns auch einen großen Dienst erwiesen, als er nach seinen Siegen den Grundsatz der Nicht-Intervention bestätigte und stipulirte. Also hat sein so denkwürdiger Ausspruch sich erfüllt, daß Italien nur den Italienern gehören dürfe. In Augenblicken der Unsicherheit fest in eurem auf mich gesetzten Vertrauen, habt ihr nur der Stimme der Ehre Gehör geliehen, indem ihr beschlosset, daß ihr euch um jeden Preis der Wiederherstellung der gestürzten Regierungen widersetzen würdet, und ihr habt Victor Emanuel, der seit geraumer Zeit die Zuneigung der Bevölkerungen besaß, zu eurem Oberhaupte ausgerufen. Zwiespalt, Unordnung und Verbrechen schwanden von hier im Geleite der fliehenden Souveräne. Die Bevölkerungen rächten sich für ihre alten und neuen Unbilden dadurch, daß sie Verzeihung übten; durch ihre Ordnung, durch ihre Disziplin und durch ihre Ausdauer zeigten die Völker, daß sie würdig seien, frei zu leben. Einstweilen wurde eine Armee gebildet, die im Stande ist, die von den Prätendenten in allen Ecken Europa's aufgelesenen Söldlinge nicht allein zurückzutreiben, sondern dieselben auseinanderzujagen. Die den befreundeten Mächten schuldigen Rücksichten und der praktische Sinn der allgemeinen politischen Bedingungen rathen uns Langmuth gegenüber der Heuchelei, den Verleumdungen und Herausforderungen an. Europa hat die Ueberzeugung erlangt, daß die gestürzten Regierungen keine andere Stütze, als die der auswärtigen Gewalt hatten, daß sie ohne auswärtige Gewalt nicht wieder eingesetzt werden und sich auf dem Throne nicht halten könnten; daß die Restaurationen der Quell endloser tiefer Unruhen werden würden; daß die öffentliche Meinung gegen sie in so hohem Grade aufgebracht ist, daß jeder Ehrenmann bereit wäre, sein Leben in die Schanze zu schlagen. Doch während man in Italien die Erklärung abgab, die Einverleibung sei das einzige wirksame Mittel, um die Völker ruhig zu erhalten und den Frieden zu wahren, bildete man sich anderwärts ein, dieses Ziel lasse sich besser dadurch erreichen, daß aus allen freien Provinzen ein besonderes Königreich gebildet werde. Nachdem die Befürchtungen, unter denen die Nationalversammlungen tagten, einmal beseitigt, der Grundsatz der Nicht-Intervention gesichert und die Ordnung in Folge der allgemeinen Ruhe der Gemüther hergestellt, hielt man dafür, daß es jetzt eine vernünftige und freisinnige Maaßregel wäre, wenn der Nationalwille von Neuem und in einer mehr ausgedehnten, in mehr feierlicher Weise befragt würde. Wir, deren Ueberzeugung dahin geht, daß die Autorität sich auf rechtmäßige Weise nur auf Vernunft, Gerechtigkeit, so wie auf den Willen und die Zustimmung der Völker gründen läßt, haben geglaubt, es stehe uns, als freien und aufrichtigen Bürgern, wohl an, einen Versuch zu machen, der noch deutlicher das Recht der Bevölkerungen und der Nation herausstelle. Ich bin überzeugt, daß der König, so wie die Regierung desselben, entschlossen ist, dasselbe zu achten und demselben Achtung zu verschaffen. Demnach mache ich Kraft der mir in rechtmäßiger Weise übertragenen Machtvollkommenheit ein Dekret bekannt, wodurch ich der allgemeinen direkten und geheimen Abstimmung folgende Vorschläge unterbreite: Vereinigung mit der konstitutionellen Monarchie des Königs Victor Emanuel II., oder ein besonderes Königreich. Völker der Emilia! Ihr habt vollkommene und vollständige Freiheit in der Abstimmung. Jeder Bürger gehe mit sich zu Rathe und spreche sich im Namen des Gottes, der die Könige und Völker lenkt, für diejenige von den beiden Entscheidungen aus, die er gemäß der Stimme seines Gewissens und im Vollbesitze seiner Freiheit als dem Vaterlande am ersprießlichsten erachtet. Sobald eine Abstimmung erfolgt ist, hört mein Mandat auf und ich werde mit Freuden die Gewalt, die euer Vertrauen mir übertragen, niederlegen. Ihr habt mir ein deutlich und bestimmt vorgezeichnetes Amt übergeben, und ich habe dasselbe mit lebendigem Glauben an Gottes Gerechtigkeit, an unser Recht und an euren Muth übernommen. Ich führte es mit Festigkeit und ich regierte im Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung und nicht mit den Parteien; ich regierte mit dem einzigen Streben, das Ziel eurer Wünsche zu erreichen. Ehrlichkeit und Freimuth waren die alleinigen Führer meiner Politik. Bologna, 1. März 1860. Farini.“

Palermo, 22. Febr. [Volksversammlung.] Außer den in großer Anzahl verbreiteten Proklamationen an die Sicilianer und das Militär fordert jetzt eine andere zu einer Versammlung in einem leerstehenden Klostergebäude auf, zu der auch, unter Garantie ihrer Sicherheit, die Polizei erscheinen darf, ausgenommen ihre Direktoren, für deren Leben keine Bürgschaft geleistet wird. Trikolore Bänder und Fahnen werden täglich in den Straßen und Kirchen gefunden. (Triester Z.)

Spanien.

Madrid, 7. März. [Tel.] Die telegraphischen Verbindungen mit der Armee sind durch das schlechte Wetter unterbrochen. — Ein Schiff mit Kameelen an Bord ist bei Ceuta untergegangen. — Die Division Echague ist der Hauptarmee einverleibt worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. März. [Tagesnotizen.] Durch ein kaiserliches Reskript vom 30. Januar d. J. wird der Senator Mitussow von dem Amte eines Mitgliedes der Oberzensurverwaltung entbunden, indem letztere durch einen an den dirigirenden Senat gerichteten Ukas vom 26. Januar umgestaltet wird. Laut Beilage zu diesem Ukas wird der von Sr. Majestät dem Kaiser bestätigte Etat der Zensurverwaltung aus 85 Beamten bestehen und sich auf die Totalsumme von 165,140 R. S. belaufen. — Einem Ukas zufolge können Ausländerinnen, die sich mit russischen Unterthanen verheirathet hatten und dadurch ebenfalls in die russische Unterthanenschaft getreten waren, nach dem Tode ihrer Gatten, wieder in die früheren Unterthänigkeitsverhältnisse zurücktreten. — Herr Turubajeff hat der geographischen Gesellschaft 6000 R. S. für ein geographisches Lexikon von Rußland zu Gebote gestellt. — Die „Nord. Biene“ giebt eine geschichtliche Uebersicht der Fälle aus dem 17. und 18. Jahrhundert, wo England und Frankreich gemeinschaftliche Sache gemacht haben. Man könnte glauben, daß die scheinbar erneuerte Allianz zwischen diesen beiden Staaten hier viel übler empfunden wird, als alle anderen Ereignisse. — Die „Petersburger Zeitung“ empfiehlt die Einführung öffentlicher Vergnügungen für die niederen Volksklassen. Nach amtlichen Angaben zählt man in ganz Rußland 64,000 Schenken, 8500 Branntweindebits, 500 Bierdebits, 1400 Weinkeller, 7500 Branntweinbrennereien, 30,000 Gastwirthschaften. — General Murawieff-Amurski, Generalgouverneur von Ostsibirien, ist von dort hier eingetroffen. — Hr. Middendorf, der bekannte Reisende, wird sich seiner schwächlichen Gesundheit wegen nach Livland zurückziehen. — Auch Hr. v. Köppen, der Geograph und Statistiker, sieht sich genöthigt, das Klima der Hauptstadt mit einem milderen, wahrscheinlich dem der Süd-Krimm, zu vertauschen. — Hr. Dorn wird zum Studium iranischer Sprachen nach dem Kaukasus gehen. — Der Adjutant des Gouverneurs von Ostsibirien, Hr. Gvosdieff, der sich jetzt hier befindet, erklärt die von der „Nord. Biene“ gebrachte Nachricht, daß die Barken mit Lebensmitteln für den sibirischen Seebezirk auf dem

Amur gescheitert seien (s. Nr. 54), für unbegründet. Er hat sie selbst an den Ort ihrer Bestimmung gebracht. Damit erledigt sich auch die Nachricht von einer angeblichen Hungersnoth, die in dem Seedistrikt ausgebrochen sein sollte. — Im letzten Sommer ist ein Dampfschiff, „Bomardaki", zu einer wissenschaftlichen Expedition auf dem Baikalsee ausgerüstet worden, um dessen Tiefe zu bestimmen. Es hat bis 5000 Fuß Tiefe gefunden, obgleich der mittlere Raum, wo die größte Tiefe zu vermuthen ist, noch nicht vollständig untersucht ist. — „Der 60jährige kaukasische Krieg", so lautet der Titel eines in Tiflis 1860 erschienenen, mit einer Karte versehenen, äußerst interessanten Buches von Faddejew. Besonders bemerkenswerth ist der Hinweis auf die Wichtigkeit des kaukasischen Gebietes für den politischen Einfluß Rußlands im Orient, seine Stellung in Bezug auf Asien, seinen Handel und namentlich den Transitverkehr von Europa nach Asien durch das kaukasische Gebiet. — Am 19. Februar gerieth in Petersburg bei einem Balle ein junges Mädchen mit einem dem Licht eines Musikers zu nahe gekommenen Aermel in Brand. Mehrere Damen stürzten zur Hülfe herbei; statt aber durch schnelles Umlegen eines Mantels die Flamme zu ersticken, fingen sie an, die brennenden Kleider herunterzureißen, wodurch sich das Feuer natürlich auch den Retterinnen mittheilte. Eine derselben, Frl. Kladistchew, war so unbesonnen, brennend die Treppe hinabzueilen und stand so bald in vollen Flammen. Nach zweitägiger furchtbarer Qual ist sie gestorben. Die erste Dame hofft man am Leben zu erhalten, obgleich auch sie schwer verletzt ist.

— [Ein merkwürdiges Naturphänomen] wird aus Balaklava berichtet, indem dort im Anfang des Januars plötzlich die ganze Bucht so voll Fische geschwemmt wurde, daß dieselben mit Händen zu greifen waren und am andern Tage der Boden der Bucht vier Ellen hoch mit todten Fischen bedeckt war. Die Ortspolizei mußte Anordnungen treffen, um eine Verpestung der Umgebungen zu verhindern.

Türkei.

Belgrad, 3. März. [Die hiesige evangelische Gemeinde] besteht aus ungefähr 500 Mitgliedern, die jedoch zum Theil im Innern des Landes leben; sie ist aus 92 Familien und einer größeren Anzahl Unverheiratheter zusammengesetzt. Zu den Familien gehören ihrer Abstammung nach 43 Sachsen, 18 Preußen, 14 den verschiedenen deutschen Staaten, 14 Oestreich, 3 Frankreich und der Schweiz an. Da jedoch viele der Familienhäupter schon vor langen Jahren nach Serbien eingewandert sind, so haben bereits 32 derselben das serbische Unterthanenrecht erworben. Im Jahre 1858 versprach die serbische Regierung der Gemeinde als Beisteuer zum Bau eines Bet- und Schulhauses u. s. w. 5000 Fl. KM., und einen jährlichen Zuschuß von 600 Fl. zur Aushaltung des Seelsorgers aus Staatsfonds zu zahlen. Nicht nur hat die Gemeinde dies bisher noch nicht erhalten, es ist vielmehr im diesjährigen Staatsbudget gar nicht angeführt. Die einzige Hoffnung der Gemeinde beruht auf den Fürsten Milosch und Michael, welche sich äußerst wohlwollend in Bezug auf dieselbe geäußert haben. Wir wollen hoffen, daß es hier nicht wieder, wie unter der früheren Regierung, bei leeren Versprechungen bleibe, sondern daß diese recht bald zur That werden.

Amerika.

— [Die Rechte naturalisirter Bürger.] In einem ihm vorgelegten konkreten Falle hat der Staatssekretär Caß im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten erklärt: Daß jeder (Deutsche), der vor Erreichung des militärpflichtigen Alters aus seinem Geburtslande nach den Vereinigten Staaten auswandert und hier Bürger wird, bei seiner etwaigen zeitweiligen Rückkehr nach seinem Heimathlande nicht zur nachträglichen Erfüllung der Militärpflicht angehalten werden darf. Sollte die betreffende Landesregierung es gleichwohl versuchen, so müßte sie es auf die Gefahr eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten thun. Dies der genaue Sinn eines offenen Briefes, worin Herr Caß einem gewissen Detlef, aus Holstein gebürtig, und von dort vor Erreichung des 20. Lebensjahres ausgewandert, erklärt: er möge nur ruhig auf Besuch oder in Geschäften, oder zu welchen sonstigen legalen Zwecken er wolle, nach Holstein reisen, die Regierung der Vereinigten Staaten bürge ihm dafür, daß er nicht ins Militär gesteckt werden dürfe. Die Wichtigkeit dieser Erklärung ist schon für hier groß, denn Tausende von neutralisirten Bürgern befinden sich in ganz derselben Lage, wie Detlef; sie wird aber noch weit größer in Deutschland sein. (N. Z.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 14. März. [14. Sitzung.] Den ersten Theil der gestrigen Tagesordnung bildete der Bericht der Justizkommission über den Gesetz-Entwurf, betr. die Befugnisse der Auditeure zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Förmlichkeit der militärischen Testamente. Nachdem der Berichterstatter Dr. v. Zander den Kommissionsbericht zur Aufnahme empfohlen hat, wird die Generaldiskussion eröffnet, es meldet sich aber Niemand zum Wort, und so geht man sofort auf die Durchnahme des Gesetzentwurfs ein. Dr. v. Zander macht darauf aufmerksam, daß die Kommission die ersten Paragraphen mit einer Ueberschrift „Von der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Auditeure und Militärbehörden versehen" und sie als Abschnitt I. rubrizirt habe. Der Justizminister erklärt sich mit dieser Aenderung, welche zur bessern Uebersicht des Gesetzes dienen könne, einverstanden. Das ganze Gesetz wird ohne jeden Widerspruch des Hauses angenommen. Auch der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe, betreffend die Additional-Konvention vom 28. Oktober 1859 zu dem Handels- und Schifffahrsvertrage vom 23. Juni 1845 zwischen Preußen und den Zollvereinsstaaten einer- und Sardinien andrerseits wird ohne Diskussion angenommen. Nächste Sitzung Montag, 12. März.

Haus der Abgeordneten.

— [Die Ersatzwahl] für den in das Herrenhaus berufenen früheren Abgeordneten Kammerherrn und Landrath a. D. Frhrn. v. Arnim auf Kröchelndorf fand am 9. d. zu Prenzlau statt. Es waren 310 Wahlmänner erschienen. In erster Abstimmung erhielten der Frhr. v. Hertefeld 134, Geh. Regierungsrath Landrath v. Stülpnagel 82, Staatsanwalt v. Winterfeld 57 und Kreisgerichtsrath Schneider 37 Stimmen. In der zweiten Abstimmung erhielten von 302 Stimmen Frhr. v. Hertefeld 163 und Geh. Regierungsrath v. Stülpnagel 135, Staatsanwalt v. Winterfeld 3 und Kreisgerichtsrath Schneider 1 Stimme. Herr v. Hertefeld ist demnach zum Abgeordneten gewählt.

— Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, die Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinssatzes betr., hat einen ausführlichen Bericht erstattet, welcher sich im Wesentlichen den Motiven der Regierung anschließt. Zwei Gesetzgebungen des Alterthums seien, sagt der Bericht in der Einleitung, vor allen andern vom durchgreifendsten Einfluß auf die Gestaltung der Ansichten und der daraus hervorgegangenen Gesetze über das Bedingen von Zinsen bei Darlehnen auch in den späteren Jahrhunderten gewesen — das römische und das mosaische Recht. In letzterem trat das Verbot Zins nehmen, nicht als eine Forderung des Rechts, vielmehr als eine solche der Religion und Moral auf und diese Auffassung ist als maaßgebend in das kanonische Recht mit aufgenommen worden. Während der drei ersten Jahrhunderte nur in Bezug auf die Mitglieder des Priesterstandes, nach dem Konzil von Nicäa im 4. Jahrhundert wird das Verbot auch auf die Laien ausgedehnt. Das Zinsverbot hat auch in die Kapitularien Karls des Großen, wie in den Sachsen- und Schwabenspiegel und somit in die deutschen Rechtssatzungen Eingang gefunden. Aber wie immer, so war auch hier] das geschriebene Recht machtlos gegen die natürlichen Gesetze des Verkehrs und jenes mußte, indem es das Prinzip aufrechterhielt, sich zu Konzessionen herbeilassen, die das Prinzip so gut wie aufhoben, bis das römische Recht in Deutschland heimisch und mit ihm die gesetzliche Feststellung eines bestimmten Zinssatzes (in der Regel 5 – 6 Prozent) in den deutschen Gesetzgebungen zur Norm wurde. In neuerer Zeit kamen zuerst in Oestreich unter Joseph II. alle Strafbestimmungen wegen zu hohen Zinsnehmens im Jahre 1787 in Wegfall, wurden jedoch im Jahre 1803 wieder eingeführt. Gegenwärtig scheint dagegen die östreichische Staatsregierung wieder ernstlich auf eine Aenderung der Gesetzgebung in diesem Punkt bedacht zu sein. In Frankreich ist durch die Konstituante mittelst Dekrets vom 11. April 1793 ein ernster Versuch mit der Freilassung des Zinsfußes gemacht worden, im Jahre 1804 im Code civil als Gesetz festgestellt, aber schon durch das Gesetz vom 3. Sept. 1807 wurde der Zinsfuß wieder auf 5, beziehungsweise 6 Proz. fixirt, welches Gesetz noch heute in Kraft ist. In England fielen unter der Regierung der Königin Anna alle Kriminalstrafen für Wucher fort, und es traten an die Stelle nur, wenn auch harte, vermögensrechtliche Strafen. Erst im Jahre 1833 wurden alle Wechsel und kaufmännische Schuldverschreibungen, die nicht über 3 Monate liefen, von den gesetzlichen Zinsbeschränkungen ausgenommen, diese Befreiung im Jahre 1837 auf 12 Monate ausgedehnt. In Norwegen hat gleichfalls ein Schwanken in dieser Rechtsmaterie stattgefunden, im Jahre 1824 hob man dort die sogenannten Wuchergesetze auf, kehrte aber im Jahre 1851 zur Feststellung des Zinsfußes durch das Gesetz wieder zurück. Was endlich die Gesetzgebung Preußens anlangt, so kann dieselbe als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Die Bestimmungen des römischen Rechts, sowie die Satzungen des kanonischen Rechts haben die wuchergesetzlichen Normen des Mittelalters bis in die neuere Zeit hinein ihre Form gegeben, ohne daß dabei die wirthschaftlichen Anforderungen zu gebührender Geltung gekommen sind. Der Bericht hebt nun die Art und das Wesen des Kapitals hervor und behauptet, daß den Operationen der Bankinstitute, im Wechselgeschäfte überhaupt sich die Berechnung des zu zahlenden Zinses der Macht der gesetzlichen Normen entzieht, und während dies früher nur in gewissen Grenzen stattfinden konnte, ist es nach Einführung der allgemeinen Wechselfähigkeit zu etwas allgemein Gültigem geworden. Ja, man kann mit Recht sagen, daß eben diese allgemeine Wechselfähigkeit an sich schon den sogenannten Wuchergesetzen allen Boden unter den Füßen hinweggezogen hat. Auch in Bezug auf den Grundbesitz, Liegenschaften, wie Häuser hat das den Zinsfuß beschränkende Gesetz seinen Zweck nur höchst unvollkommen erreicht. Das gesetzliche Feststellen eines Maximal-Zinsfußes ist weder nach den Grundsätzen der Volkswirthschaftslehre, noch vom Standpunkte des abstrakten Rechts zu rechtfertigen. Die Gegner der Aufhebung der Zinsbeschränkungen meinen, daß, wenn auch zugegeben werden kann, daß das Geld, namentlich bei den eigentlichen Darlehnsgeschäften von größerem Betrage in gewissem Sinne die Natur einer Waare einnimmt, so muß doch andererseits eingeräumt werden, daß es eine Waare von ganz eigenthümlicher Beschaffenheit ist, insofern der Besitz des Geldes mehr, als der irgend einer andern Waare, die nothwendigste Voraussetzung für die Möglichkeit, in den Besitz einer andern begehrten Sache zu gelangen, bildet. Das aber giebt dem Besitz des Geldes eine Macht und Bedeutung, welche den aller anderen Sachen weit überragt, und schon deshalb muß an die rechtliche Behandlung desselben ein ganz andrer Maaßstab gelegt werden. Dagegen muß denn sofort sich das sehr begründete Bedenken erheben, wie man es nur für möglich erachten könne, auf so ganz allgemeine theoretische Sätze hin eine gesetzliche Bestimmung beseitigen zu wollen, die durch alle Jahrhunderte der Geschichte sich mit dieser oder jener Modifikation als nothwendig erwiesen, und an der daher die Gesetzgeber aller Nationen sowohl, als auch Adam Smith, der Vater der wissenschaftlich ausgebildeten National-Oekonomien und der Begründer der Lehre von der freien Konkurrenz hat dennoch an dem Fortbestehen der Zinsbeschränkungen nicht gerüttelt; dasselbe ist bei Ron der Fall, und selbst Roscher, der hervorragendste unter allen neueren National-Oekonomen, spricht sich sehr vorsichtig über diesen Punkt aus; desgleichen Mill, welcher auch darauf hinweist, daß durch das Steigen des Zinsfußes der Preis alles nutzbaren Vermögens und Eigenthums verhältnißmäßig sinke. Auch die Geschichte lehrt, daß man sich gegen die Annahme des Gesetzes auszusprechen habe. Selbst in England ist man nicht plötzlich, sondern allmälig vorgeschritten, und bei solchem Verfahren ist es möglich gewesen, die Folgen der Maaßregel schrittweise sich entwickeln zu lassen und der Geldverkehr des Landes konnte sich ohne gewagte Sprünge und Experimente der veränderten Gesetzgebung anbequemen. Das plötzliche Auftreten der Regierung auf diesem Gebiete ist weder ein Bedürfniß, noch kann ihr Vortheilhaftes daraus entstehen. Das bestehende Gesetz schließt sich hier den Forderungen des allgemeinen Gefühls für Sittlichkeit und Billigkeit an; es aufheben und dann auch den Handlungen niedrigster Habgier und Hartherzigkeit den Arm der Gerechtigkeitspflege dienstbar machen, heißt nicht anders, als jenes Gefühl und alle Grundsätze der Gerechtigkeit empfindlich verletzen. Was endlich die Behauptung anlangt, daß das bestehende Gesetz so vielfach umgangen werde und ungestraft umgangen werden könne, daß deshalb das Gesetz also doch eigentlich wirkungslos sei, so kann die einfache Thatsache, daß ein Gesetz häufig übertreten wird, ein Grund für die Aufhebnng desselben nicht sein. Es wird ja auch oft genug gestohlen, und doch wird es darum Niemand einfallen, die Strafgesetze gegen den Diebstahl aufzuheben. In den Rheinlanden ist das Gesetz übrigens nicht wirkungslos gewesen. Um es kurz zu fassen, Recht, Moral und selbst eine nicht ganz einseitige Volkswirthschaftslehre sprechen gleichmäßig gegen die Aufhebung der Wuchergesetze. Im Anschluß an diese entgegengesetzten Ausführungen wurde dann hervorgehoben, daß die von der Staatsregierung vorgelegten Materialien durchaus unzureichend zur gründlichen Beurtheilung der Frage seien, und daß wenigstens alle die Gutachten, auf die auch die Motive des Gesetzes hinweisen, der Kommission zur Einsicht vorgelegt werden müßten. Die Kommission hat den Materialien, welche ihr von der Regierung zur Einsicht gestattet wurden, entnommen, daß unter den von den Justizbehörden, Rechts-Anwalten und Prokuratoren eingereichten Gutachten sich von den Obergerichten 14 für und 7 gegen, von den Gerichten erster Instanz 6 für und 21 gegen, endlich von den Rechtsanwalten 65 für 20 gegen die Aufhebung der Wuchergesetze erklärt haben. Von den Verwaltungsbehörden hat sich eine kleine Majorität (zwei) gegen die Aufhebung erklärt, von den Direktionen der landwirthschaftlichen Kreditverbände ist nur Eine (die ostpreußische) für die Aufhebung gewesen und endlich hat das Landes-Oekonomie-Kollegium sich für eine gesetzliche Erhöhung des Zinsfußes auf 6 Prozent ausgesprochen. Ganz besonders entschieden und sehr ausführlich ist das gegen die Aufhebung gerichtete Gutachten des General-Procurators zu Köln, welchem sich auch die überwiegende Mehrheit der rheinischen Friedensrichter angeschlossen hat. Die Kommission trägt endlich darauf an, folgende Erwartung auszusprechen: „die hohe Staatsregierung wolle die in Beziehung des Hypothekenwesens und Subhastationsverfahrens, so wie der Bankinstitute bestehenden Erschwerungen im Interesse des Realkredits zu beseitigen und die Errichtung von Realkreditinstituten zu fördern suchen", und empfiehlt mit 15 gegen 4 Stimmen die Annahme des Gesetzes, womit zugleich die Petitionen für und gegen die Aufhebung der Wuchergesetze erledigt sind.

— Die Kommissionen für Finanzen und Zölle, welche über den Entwurf zu einem Gesetze wegen anderweitiger Einrichtung des Amts- und Zeitungs-Kautionswesens zu berathen hatte, trägt in ihrem Berichte darauf an, diesem Entwurfe ihre Zustimmung zu geben. Wie bereits mitgetheilt, weicht dieser Entwurf nur in zwei Punkten von dem vorjährigen, bereits von beiden Häusern genehmigten Entwurfe ab, welchem aber die königliche Sanktion wegen der eingetretenen politischen Verhältnisse nicht zu Theil werden konnte. In dem gegenwärtigen Entwurfe ist die Bestimmung des Zeitpunktes, von welchem ab das neue Gesetz in Kraft treten soll, einer königlichen Verordnung vorbehalten worden, während der vorjährige Gesetzentwurf diesen Zeitpunkt feststellte; dann aber auch ist für die Verstärkung des Kautionsdepositums Behufs endlicher Rückzahlung aller in baarem Gelde geleisteten Kautionen in anderer Weise als durch die Ansammlung eines Theils der Zinsen des Kautionsdepositums gesorgt. In Bezug auf erstere Abweichung hat die Regierung in der Kommission erklärt, daß es keineswegs ihre Absicht sei, den Zeitpunkt, wenn nicht eintretende besondere Verhältnisse dazu nöthigten, in weite Ferne hinauszuschieben, wahrscheinlich werde sie vielmehr schon mit dem 1. Juli die von ihr gewünschte Aenderung eintreten lassen. Die Kommission fand auch gegen das vorgeschlagene Verfahren, die endliche Rückzahlung aller in baarem Gelde geleisteten Kautionen betreffend, nichts zu erinnern, da dasselbe ebenfalls, ohne dem Staatshaushalte außerordentliche Opfer abzufordern, wenn auch langsamer als das im vorigen Jahre beabsichtigte zu dem erstrebenswerthen Ziele führt, zum Abtrag der Kautionsschuld die Mittel zu sammeln. Es ist bei dem Innehalten dieses Verfahrens gleichsam ein allmäliges Aussterben der Kautionen zu erwarten, da erfahrungsmäßig etwa der zwanzigste Theil jährlich zur Erledigung kommt. PB.

Militärzeitung.

— [Vermehrung der Pioniere; Festungstelegraphen.] Mit der Einrichtung der vierten Kompagnie bei den Pionieren, also Bataillonsformation, scheint man höheren Orts einverstanden zu sein, die Ausführung einer dahin zielenden Ordre würde auf keine großen Schwierigkeiten stoßen, da man vollständig eingerichtet und vorbereitet ist. Von maaßgebender Seite versichert man mit großer Bestimmtheit, daß die vorgenanne Formation zur Ausführung gebracht werden wird. — In Koblenz hat man in neuester Zeit einen Festungstelegraphen angelegt, der die Citadelle mit allen Außenwerken verbindet. Diese Einrichtung ist in strategischer Beziehung von bedeutender Wichtigkeit. Wie man hört, ist eine derartige Anlage für alle preußischen Festungen projektirt. PB.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. März. [Die Stellung der Realschulen.] Durch den „Staatsanzeiger" wird eine Allerhöchste Kabinetsordre vom 5. Oktober v. J. veröffentlicht, durch welche genehmigt wird, daß die Realschulen erster Ordnung hinsichtlich der Zulassung zum Zivilsupernumerariat den Gymnasien gleichgestellt werden, und daß demzufolge die Annahme als Zivilsupernumerar bei den Provinzialverwaltungsbehörden von der Beibringung eines Zeugnisses der Reife für Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung abhängig sein, für die Zulassung zum Supernumerariat bei der Verwaltung der indirekten Steuern aber erforderlich sein soll, daß die betreffenden Aspiranten die Prima entweder eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung mindestens ein Jahr lang mit gutem Erfolg besucht haben.

V Posen, 12. März. [Schwurgerichtsverhandlungen.] Unter der Anklage des Raubes stand am Freitage der Knecht Wawrzyn Hoffmann aus Wierzchocin, angeschuldigt, der Wittwe Katharina Kleda auf einem Fußsteige bei Bierdrowo 8 Sgr. 6 Pf. und ein Päckchen mit Lebensmitteln durch Anwendung von Gewalt an der Person der Letzteren entwendet zu haben. Der Angeklagte bekennt sich für nicht schuldig. In der Voruntersuchung hat er, ohne die Gewaltthätigkeiten an der Kleda einzuräumen, vorgeschützt, das Geld derselben aus Uebermuth und Trunkenheit weggenommen zu haben. Im heutigen Audienztermine stellte er die Sachlage ganz anders dar. Ein Gleiches geschieht auch von der Ww. K., die auch ihre frühere Aussage insofern abändert, als sie den Raub an dem Päckchen mit Lebensmitteln, welche sie in der Voruntersuchung dem Angeklagten zur Last gelegt, widerruft, da sie das erwähnte Päckchen an derselben Stelle wieder vorgefunden, wo sie es hingelegt habe. Den Raub des Geldes habe Angeklagter verübt; er sei sodann fortgelaufen, von den auf ihren Hülferuf herbeigeeilten Kirchgängern aber ergriffen worden. Nach den übereinstimmenden Aussagen mehrerer eidlich vernommenen Zeugen hat die K. bei jener Gelegenheit zerkratzt und am Halse gewürgt ausgesehen, der Angeklagte anfänglich Alles geläugnet, später aber eingestanden, der Katharina Kleda Geld fortgenommen zu haben; auch fanden sich in seinen Stiefeln 6 Sgr. vor, und er hat zu den Zeugen geäußert: „daß er außer diesen 6 Sgr. der K. Nichts mehr genommen habe." Das öffentliche Ministerium hebt mit besonderer Betonung hervor, daß es sich hier darum handle, ein an der öffentlichen Sicherheit mit so vieler Frechheit begangenes Verbrechen zu sühnen, und legt den Geschwornen deshalb die Bejahung der Schuldfrage an's Herz. Der Vertheidiger des Angeklagten hingegen hält den Thatbestand der Angeklage durchaus nicht für erwiesen, ficht die Glaubwürdigkeit der Zeugin Kleda wegen ihrer vielen Widersprüche an, und schließt die Schutzrede mit dem Antrage auf Verneinung der Schuldfrage. Die Geschwornen verzichten auf Befragen des Präsidenten auf Verdolmetschung der Plaidoyers der Staatsanwaltschaft und des Vertheidigers in die polnische Sprache. Dieser Zwischenfall giebt zu der Annahme Veranlassung, daß die Geschwornen Gewicht auf diesen Umstand legen, der übrigens nicht wenig dazu beitragen würde, die Verhandlungen unverhältnißmäß auszudehnen. Nach kurzen Berathung gaben die Geschwornen ihr Verdikt dahin ab, daß der Angeklagte zwar des Diebstahls schuldig, daß aber nicht für erwiesen zu erachten, daß bei Ausführung desselben Gewalt gegen die Person der Katharina Kleda angewendet worden. Die Staatsanwaltschaft beantragt hierauf 9monatliche Gefängnißstrafe mit den accessorischen Ehrenstrafen, während der Vertheidiger eine höchstens 4wöchentliche Gefängnißstrafe für angemessen hält. Die Verhandlung endigt mit der Verurtheilung des Angeklagten wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängniß, 1jähriger Entziehung der Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer.

r Wollstein, 10. März. [Marienstiftung; Chaussee.] Der durch den Vorstand veröffentlichte Extrakt aus der Jahresrechnung der hiesigen evangelischen Marienstiftung (Waisenhaus für Mädchen) ergiebt pro 1859 eine Einnahme von über 490 Thlrn. Darunter befinden sich neben den Beiträgen der Wohlthäter ein Zuschuß aus der v. Kottwitzschen Stiftung im Betrage von 300 Thlrn., ein Beitrag aus den Kreiskommunalfonds von 30 Thlrn. ꝛc. Die Ausgabe betrug über 513 Thlr., und zwar zur Beköstigung 303 Thlr., zur Bekleidung 78 Thlr., Gehälter 31 Thlr. ꝛc. Die Ausgabe übersteigt die Einnahme mit 23 Thlrn. Es wäre daher umsomehr zu wünschen, daß mildthätige Herzen von nah und fern der segensreich wirkenden Anstalt Unterstützungen zukommen ließen, als der pro 1860 entworfene Etat für die Anstaltskasse den Nachweis führt, daß die schon jetzt als unvermeidlich anzusehenden Ausgaben die feststehenden Einnahmen der Anstalt bedeutend übersteigen müssen. In der Anstalt werden gegenwärtig 15 Mädchen unterhalten. — Die Feststellung der Chausseelinie von Fehlen hierher (Fraustadt-Wollsteiner Chaussee) wird noch im Laufe dieses Monats durch den Kreistag erfolgen. Mit dem Beginne des Frühjahrs dürften daher die Chausseearbeiten beginnen, was für die vielen Arbeitsuchenden hiesiger Gegend sehr erwünscht ist.

r Wollstein, 11. März. [Städtische Sparkasse.] Die auf Anregung des hier im Winter 1855/1856 bestandenen Hilfsvereins durch die städtischen Behörden ins Leben gerufene Sparkasse für unsere Stadt hat in diesen Tagen ihre Wirksamkeit begonnen. Der Zweck derselben ist, dem Publikum Gelegenheit zu bieten, kleine Summen zinsbar und sicher unterzubringen und den Erwerb des Einzelnen durch gewährte Vorschüsse zu befördern. Die Kasse, welche mit einem Fonds von circa 222 Thlrn., die ihr der Hilfsverein überwiesen hat, beginnt, ist ein städtisches Institut und steht unter Garantie der Kommune. Sie wird unter Aufsicht des Magistrats durch eine Deputation von 5 Mitgliedern unentgeltlich verwaltet, deren 2 durch die Stadtverordneten erwählt, 2 durch den Landrath ernannt werden, während eins der Magistrat aus seiner Mitte ernennt. Für die ersten 3 Jahre sind fungirende Mitglieder: Stadtverordnetenvorsteher Justizrath Kuntze, Kreisrichter Möllenhoff, Kaufmann Bendix Hamel, Apotheker Joseph Knechtel und endlich Bürgermeister Heuer, der zugleich Vorsitzender der Deputation ist. Der Rendant wird nach Anhörung der Stadtverordneten und der Deputation durch den Magistrat auf unbestimmte Zeit mit vierteljährlicher Kündigung ernannt und erhält eine Besoldung, deren Höhe die Deputation nach Maaßgabe des Umfangs der Geschäfte und der Höhe des etwa sich herausstellenden Ueberschusses bestimmt. Die Kasse nimmt Einzahlungen von 10 Sgr. bis 50 Thlr. an, kann aber auch auf Beschluß der De-

putation Summen bis zu 200 Thlr. annehmen. Auch Auswärtige können anzulegende Gelder an die Kasse franko einsenden. Sie gewährt $3^1/_3$ Prozent Zinsen, und soll auch Zinseszins berechnet werden. Die Fonds der Kasse werden für Rechnung derselben zu 5 Prozent zinsbar angelegt. Ueber die schriftlich einzureichenden Darlehnsgesuche entscheidet die Deputation nach Maaßgabe der Statuten. Durch die Zinsüberschüsse bei Kapitalsausleihungen, so wie dadurch, daß die Kasse Beträge unter 1 Thlr. nicht, und die Einlagen erst vom nächsten Monate nach der Einzahlung an und nur bis zum ersten Tage des Monats, in welchem die Rückzahlung erfolgt, verzinst, werden die Verwaltungskosten gedeckt. Das Institut kann nur durch übereinstimmenden Beschluß des Magistrats, der Stadtverordneten und der Deputation mit Genehmigung des Oberpräsidenten wieder aufgehoben werden.

Angekommene Fremde.

Vom 11. März.

BAZAR. Kaufmann Ostrowski aus Warschau, die Gutsb. Graf Szołdrski aus Brodowo, v. Chłapowski aus Turwy, v. Łubieński und Przeniewski aus Wola.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. Walz aus Góra und Kleiderverfertiger Heimann aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Wolański aus Rybitwy, Kaskel und Volontär Volkmann aus Trzcielino, Apotheker Kitzner aus Tilsit und Maschinenbauer Ludorff aus Breslau.

Vom 12. März.

SCHWARZER ADLER. Frau Rittergutsb. v. Brzeska aus Dorf Krotoszyn, Rittergutsb. Robrmann aus Chrząstowo, Frau Gutspächter Wendorff aus Prusiec, die Wirthsch. Inspektoren Heinse aus Nehringswalde, Guderian aus Sokolnik, v. Laskowski aus Deutsch-Presse und Napieralski aus Ostrowite.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Kęszycki aus Błociszewo, Graf Węsierski sen. und Graf Węsierski jun. aus Zakrzewo, die Kaufleute Suerssen aus Magdeburg, Schröder aus Berlin, Caro aus Wiesbaden, Mankiewicz aus Lissa, Reweck aus Breslau, Herzberg aus Frankfurt a. M., v. Harlemsen aus Bremen, Herzfeld aus Neuß, Jantsch aus Sebnitz und Kuhn aus Stettin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Graf Kwilecki aus Gosławice und Kernbach aus Kicin, Gutsb. Sohn v. Sawicki aus Ottorowo und Kaufmann Böttcher aus Dresden.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Frau Stadtgerichts-Räthin Kristen aus Breslau, Musikdirektor Henne aus Ostrowo, Rittergutsb. Schröter aus Mecklenburg, die Kaufleute Stürze und Wendorff aus Stettin, Oppler aus Breslau und Rump aus Köln.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Szołdrzyńska aus Lubasz, Bürgermeister Neugebauer aus Wielichowo und königl. Eisenbahn-Buchhalter v. Blankenfeld aus Stettin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Kowalski aus Jmiołki, Referendar v. Trąmpczyński aus Schroda, Rentier Jacobs aus Glogau, die Kaufleute Lanzenberger aus Berlin, Tarnowski aus Breslau und Bischoff aus Danzig.

BAZAR. Kaufmann Goldbach aus Stettin, Gutsb. v. Lossow aus Boruszyn, Erz-Dechant Wite aus Ujhely, Gutsverwalter Jankowski aus Padniewo und Bevollmächtigter Zawadzki aus Wierzenica.

HOTEL DE PARIS. Partikulier v. Polaski und die Gutsb. v. Skrzydlewski aus Solencin, Voge aus Adelich Ostrowo, v. Czapski aus Chwalencin und Koperski aus Stempocin, Wirthschafts-Kommissarius Arędzki aus Węgierki, Gutspächter Kosmowski aus Ruszkowo, Kaufmann Graumann jun. aus Ratibor und Bürger Gromadziński aus Schroda.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Mayer aus Leipzig, Bock aus Berlin, Landek aus Wongrowitz, Arndt aus Schneidemühl, Auermann aus Warschau und Wolf aus Schroda, Rentier Staffehl aus Warschau, Kreisrichter Gromadziński aus Schroda, Mühlenbesitzer Kier aus Wongrowitz, Oberinspektor Naganowski aus Dakow, Inspektor Orsiński aus Kosmowo, Oekonom Meißner aus Zirke, die Gutsb. v. Taczanowski aus Gałężewo, Majunke aus Hundsfeld, v. Szeliski aus Orzeszkowo und Hoffmeyer aus Złotnik.

EICHBORN'S HOTEL. Landwirth Peterson aus Wierzchnin, Geschäftsführer Meyer aus Reppen, die Sängerinnen Lechler aus Küstrin, Bernhard aus Breslau, Wiegand aus Berlin und Wolfarth aus Hamburg, Musikus Müller aus Breslau und Kaufmann Glaß aus Grätz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Falk aus Breslau, Landsberg aus Kosten, Haase aus Żerkow, Bergas sen. aus Grätz, Wolffsohn aus Janowiec und Frau Kaufmann Danziger aus Kleczewo, Schneidermeister Glaßdorfer aus Berlin, Inspektor Klahr aus Kotlymbie und Gutsbesitzer Neufeld aus Pudewitz.

DREI LILIEN. Apotheker Buge aus Bromberg, Gutsb. Berger aus Nieslabin und Wirthsch. Inspektor Dreysing aus Piaski.

GOLDENER ADLER. Lehrer Waszyński aus Chwałkowo, Besitzer Schurr aus Bierzlin, die Kaufleute Holzbock, Kaphan und Cohn aus Schroda, Kunz aus Schrimm, Landsberg und Rogowski aus Wreschen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Familien-Nachrichten.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Sara** geb. **Friedländer** von einem gesunden Töchterchen zeige Verwandten und Bekannten ergebenst an. **M. Zadek jun.**

Heute früh um 1½ Uhr entschlief sanft meine hochverehrte, geliebte Schwiegermutter **Marie Fiebrant,** geb. **Ellerhusen** in **Pudewitz** an rheumatischer Brustentzündung im beinahe vollendeten 82. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen des traurenden Gatten und der tiefbetrübten Tochter allen Freunden und Bekannten statt jeder besondern Meldung ergebenst an.

R. Gerlach, Posthalter.

Wierzyce, den 11. März 1860.

Der hiesige edle Frauen-Verein wird hiermit gebeten, sich der letzten Unterstützung einer seit 1½ Jahren darnieder liegenden, der Auflösung nicht mehr fernen unglücklichen armen Frau, mit 5 das Sterbebett der Mutter jammernd umstehenden, hübschen und körperlich wohlgebildeten Kindern, christlich anzunehmen. Die Adresse ist nur in der Expedition dies. Ztg. zu erfahren, bei welcher Einsender Dieses aus seinen geringen Mitteln Einen Thaler zur Kasse des angerufenen edlen Vereins deponirt hat.

M. 14. III. 7 A. M. C. u. B.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 12. März 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84½	—	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	100	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¾	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	112½	—
Posener 4 " Pfandbriefe	100½	—	—
" 3½ "	—	90	—
" 4 " neue "	—	87¾	—
Schles. 3½ % Pfandbrief:	—	—	—
Westpr. 3½ "	82	—	—
Poln. 4 "	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	91¼	—	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	89	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	96	—	—
" Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen wesentlich höher mit sehr festem Schlusse, pr. März 45⅝—¾ bez., Frühjahr 45¾—⅝ bez., April-Mai 45½—⅝ ¾ bez., Mai-Juni 45⅝—⅞ bez., Juni-Juli 46 bez.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) ebenfalls fest bei unerheblicher Preisänderung, gekündigt 12,000 Quart, loko (ohne Faß) 15⅓—15⅝ Thlr., mit Faß pr. März 16¼—⅓ bez., April 16⅓ bez., April-Mai 16 7/12 Gd., ⅝ Br., Mai-Juni 17 Br., 16⅝ G.

Posener Marktbericht vom 12. März.

	von Rt.	Sgr.	Pf.	bis Rt.	Sgr.	Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	17	6	2	20	—
Mittel-Weizen	2	12	6	2	15	—
Bruch-Weizen	2	5	—	2	7	6
Roggen, schwerer Sorte	1	26	3	1	28	9
Roggen, leichtere Sorte	1	22	6	1	23	9
Große Gerste	1	20	—	1	21	3
Kleine Gerste	1	17	6	1	20	—
Hafer	—	27	—	—	29	—
Kocherbsen	1	22	6	1	26	3
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	14	—	—	16	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	2	6	2	12	6
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	10	22	6	11	15	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 10. März per 100 Qrt. à 80 % Tr.	15	10	—	15	20	—
" 12. "	15	10	—	15	20	—

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 11. März Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 11 Zoll.
" 12. " " 5 " — "

Produkten-Börse.

Berlin, 10. März. Wind: Nord-Nord-Ost. Barometer: 28½. Thermometer: früh 4°—. Witterung: heller.

Weizen loko 60 a 72 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 51½ a 53 Rt., p. März 52½ a 52¼ Rt. bez., Br. u. Gd., p. April 50 a 50¼ a 50 Rt. bez., p. Frühjahr 49¾ a 49½ a 49¾ Rt. bez. u. Gd., 50 Br., p. Mai-Juni 49¾ a 49½ a 49½ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 49½ a 49½ Rt. bez., Br. u. Gd.

Große Gerste 40 a 46 Rt.

Hafer, loko 26 a 30 Rt., p. März 28 Rt. Br., p. Frühjahr 27 a 27¼ Rt. bez., p. Mai-Juni 28 Rt. Br., 27½ Gd., p. Juni-Juli 28½ Rt. Br.

Rüböl, loko 11⅝ Rt. bez., p. März u. März-April 11 17/24 a 11¾ Rt. bez. u. Gd., 11⅝ Br., p. April-Mai 11⅝ a 11 17/24 a 11⅝ Rt. bez. u. Br., 11⅞ Gd., p. Mai-Juni 11⅞ Rt. bez. u. Gd., 11⅞ Br. p. Sept.-Oktbr. 12⅝ a 12⅝ a 12⅝ Rt. bez. u. Br., 12⅝ Gd.

Spiritus, loko ohne Faß 17 a 17 1/24 Rt. bez., mit Faß —, p. März und p. März-April 17 a 16 11/12 Rt. bez. u. Gd., 17 Br., p. April-Mai 17¼ a 17⅛ Rt. bez. u. Gd., 17¼ Br., p. Mai-Juni 17 7/12 a 17½ Rt. bez. u. Gd., 17 7/12 Br., p. Juni-Juli 17⅞ a 17⅞ a 17 11/12 Rt. bez. u. Br., 17⅞ Gd., p. Juli-August 18 1/12 Rt. bez., Br., 18 Gd., p. August-Sept. 18 5/12 Rt. bez.

Weizenmehl 0. 4 5/12 a 4¾ Rt., 0. u. 1. 4 5/12 Rt. — Roggenmehl 0. 3⅞ a 3 11/12 Rt., 0. u. 1. 3¼ a 3 7/12 Rt. (B. u. H. Z.)

Breslau, 10. März. Heute Nacht — 5°. Weißer Weizen 68—71—73—78 Sgr., gelber 65—68—71—74 Sgr.

Roggen 53—54—56—58 Sgr.

Gerste 41—43—45—48 Sgr.

Hafer 26—28—31 Sgr.

Erbsen 48—50—54—56 Sgr.

Rother Kleesamen ordinärer 8—9 Rt., mittler 9½—10½ Rt., feiner 10½—11 Rt., hochfeiner 11⅓—11¾ Rt., weißer ord. 18—21 Rt., mittel 21½—23, fein 23½—24, hochfein —25 Rt.

An der Börse. Rüböl, loko, p. März u. p. März-April 11¼ Rt. nominell, p. April-Mai 11⅓—11⅓ Rt. bez. u. Br., p. Sept.-Okt. 12 Rt. bez.

Roggen, p. März und p. März-April 43½—43¾ Rt. bez. u. Gd., p. April-Mai 43¼—43¾ Rt. bez., p. Mai-Juni 43¾—44½ Rt. bez.

Spiritus, loko 16½ Rt. Gd., p. März u. p. März-April 16½ Rt. Br., 5/12 Gd., p. April-Mai 16⅝ Rt. Br. u. Gd., p. Mai-Juni 17 bez.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16½ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Breslau, 10. März. Seit dem Handelskammerbericht Ende Februar wurden circa 2000 Ztr. Wolle verschiedener Gattungen umgesetzt. Russische Fabrikwäsche war in dieser Zeit am meisten begehrt, was einestheils durch das Fallenlassen der seit Januar gesteigerten Forderungen der Inhaber, andererseits durch den gänzlichen Mangel an entsprechenden Rückenwäschen bewirkt wurde. Käufer waren Kamm- und Streichgarnspinner der Zollvereinsstaaten, so wie Fabrikanten und Händler aus Oestreich. Auch wurde eine namhafte Parthie russischer Peregon zum Kamm nach Sachsen, sowie schlesische, posener und polnische Einschuren zu Tuch für Rechnung inländischer und eines größeren polnischen Fabrikanten gekauft. Unser Gesammtlager verbleibt circa 8000 Ztr.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Liverpool, 10. März. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 10. März 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	73½ B
Aachen-Mastricht	4	16¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	69¼ G
Berg. Märk. Lt. A.	4	73½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	103½-¾ bz
Berlin-Hamburg	4	102½ G
Berl. Potsd. Magd.	4	122 B
Berlin-Stettin	4	95½ G
Bresl. Schw. Freib.	4	80⅛ G
Brieg-Neiße	4	48¼ G
Cöln-Crefeld	4	73½ B
Cöln-Minden	3½	121 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr	4½	— —
do. do.	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	128½ bz
Magdeb. Halberst.	4	182 G
Magdeb. Witterb.	4	33⅜ B
Mainz-Ludwigsh.	4	96½ bz
Mecklenburger	4	42½ etw-⅝ bz u G
Münster-Hammer	4	89 G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	38½ B
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	48 B
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	112¾ bz u G
do. Litt. B.	3½	107¼ G
Oest. Franz. Staat	5	130½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	29 G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	48½ B
Rheinische,	4	78½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	43 B
Ruhrort-Crefeld	3½	74½ B
Stargard-Posen	3½	81¼ B
Thüringer	4	98 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117 B
Berl. Handels-Ges.	4	75¼ bz
Braunschw. Bk. A.	4	70 B
Bremer do.	4	97 B
Coburg. Kredit-do.	4	54 G
Danzig. Priv. Bk.	4	78½ G
Darmstädter abgst.	4	60¾ bz u G
do. Ber. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	89½ G
Dessauer Kredit-do.	4	19½ bz
Disk. Comm. Anth.	4	80⅛-½ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	26 G
Geraer do.	4	70 G
Gothaer Priv. do.	4	70 G
Hannoversche do.	4	90¼ B
Königsb. Priv. do.	4	82⅝ etw bz
Leipzig. Kredit-do.	4	55¾ G
Luxemburger do.	4	70 B
Magdeb. Priv. do.	4	76 B
Meining. Kred. do.	4	64 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	82¼ G
Oestr. Kredit- do.	5	71¼-70¾-71¼ bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	74 B
Posener Prov. Bank	4	73¾ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	130½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	— —
Schles. Bank Verein	4	72 G
Thüring. Bank-Akt.	4	50½ etw bz
Vereinsbank, Hamb.	4	98 G
Waaren-Kred. Anth.	5	91 B
Weimar. Bank-Akt.	4	78 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	84 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67 B
Minerva, Bergw. A.	5	29 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	4⅝-¾ bz p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversi. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	84½ B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	101¾ B
do. II. Ser.	5	101¼ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	93¾ G
do.	4½	98½ G
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90¼ G
do. Litt. C.	4½	99¼ bz
do. Litt. D.	4½	97½ G
Berlin-Stettin	4½	98⅛ B
do. II. Em.	4	83⅜ bz
do. III. Em.	4	80¾ B
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99½ G
do. II. Em.	5	102¾ B
do.	4	85¾ G
do. III. Em.	4	82 B
do.	4½	89 bz
do. IV. Em.	4	79¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91¼ G
do. conv.	4	90¾ G
do. conv. III. Ser.	4	87⅛ bz
do. IV. Ser.	5	102¼ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	91 G
do. Litt. B.	3½	78 bz, C. 84¾ G
do. Litt. D.	4	84¾ bz
do. Litt. E.	3½	72½ B
do. Litt. F.	4½	89¼ B
Oestreich. Französ.	3	251½ B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	98½ B, II. —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85 B
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	84½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100¼ bz
do. III. Ser.	4½	98⅞ bz
do. IV. Ser.	4½	95¾ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99⅞ G
Staats Anl. 1859	5	104⅜ bz
do.	4½	99¾ bz
do. 1856	4½	99¾ bz
do. 1853	4	93¾ bz
N. Präm St A 1855	3½	113¼ bz
Staats-Schuldsch.	3½	84⅛ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	81⅛ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	99¾ B
do. do.	3½	81⅛ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¼ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ B
do.	4	98 bz
Ostpreußische	3½	81⅛ bz
do.	4	90 bz
Pommersche	3½	86⅞ bz
do. neue	4½	95 bz
Posensche	4	100 G
do.	3½	90 G
do. neue	4	88 bz
Schlesische	3½	87¾ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	81 bz
do.	4	89½ B
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	93⅛ bz
Pommersche	4	93 G
Posensche	4	91 bz
Preußische	4	92 bz
Rhein- u. Westf.	4	93⅛ bz
Sächsische	4	93½ bz
Schlesische	4	93 G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	50¾ G
do. National-Anl.	5	56½ etw -57 bz
do. 250fl. Präm. O.	4	79 B
do. neue 100fl. Loose	—	50½-51 bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94⅝ bz
6. do.	5	105 G
Englische Anl.	5	106 G
N. Russ. Egl. Anl.	3	63½ B
Poln. Schatz-O.	4	83 bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	92¾ G
do. B. 200 Fl.	—	22¾ G
Pfdbr. u. in SR.	4	86 bz u G
Part. O. 500 Fl.	4	89½ B
Hamb. Pr. 100 BM	—	85 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42 B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29½ etw bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	92 etw bz u B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅛ bz
Gold-Kronen	—	9. 2¼ G
Louisd'or	—	108½ bz
Sovereigns	—	6. 19 B
Napoleonsd'or	—	5. 8¾ B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	453¾ G
Dollars	—	1. 10¾ B
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u G
Fremde Banknot.	—	99⅛ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅛ bz u G
Fremde kleine	—	99 G
Oestr. Banknoten	—	74¾ bz
Poln. Bankbillet	—	86¾ etw bz u G

Wechsel-Kurse vom 10. März.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	142⅜ bz
do. 2 M.	3	141⅝ G
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150⅞ bz
do. do. 2 M.	2	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6. 17⅞ G
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 G
Wien öst. W. 8 T.	—	74⅛ bz
do. do. 2 M.	6	74 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56. 24 bz
Frankf. 100 fl., 2 M.	3	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅞ bz
do. do. 2 M	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	5	96 G
Bremen 108 Tlr. 8 T	3½	108 G
Warschau 90 R. 8 T	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wechs.	4	

Die flaue Stimmung war heute dem Eindruck besserer auswärtiger Kurse gewichen, der Geschäftsumfang blieb aber wesentlich in den sehr eingeschränkten Grenzen der letzten Börsentage.

Breslau, 10. März. An der heutigen Börse war das Geschäft von sehr geringem Umfange.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 71 bez. u. Gd. Schlesischer Bankverein 72 bez. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 81¾ Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 89 5/12 Gd. Köln-Mindener Priorit. 80⅛ Br. Neisse-Brieger 49¼ Br. Niederschlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 113¼ Br. dito Lit. B. —. dito Prior.-Obligat. 84 1/12 Br. dito Prior. Oblig. 89 7/12 Br. dito Prior. Oblig. 72 11/12 Br. Oppeln-Tarnowitzer 29¾ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) —. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Obigl. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Sonnabend, 10. März, Nachmittags 3 Uhr. Börse flau. Silber 62⅛.

Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 13 Fl. 60 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 4¾ Sh.

Konsols 94¾. 1proz. Spanier 33¾. Mexikaner 22. Sardinier 85. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 98½.

Paris, Sonnabend, 10. März, Nachmittags 3 Uhr. In Folge der Abstimmung im englischen Parlament eröffnete die 3proz. zu 67, 90, stieg auf 67, 95 und schloß fast, aber bei geringem Geschäft zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 94⅞ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 90. 4½% Rente 95, 00. 3% Spanier —. 1% Spanier 34. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 500. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 743. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Amsterdam, Sonnabend, 10. März, Nachmittags 4 Uhr. Börse fest, aber stille.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. 53½. 5proz. Metalliques Lit. B. 68 15/16. 5% Metalliques 47½. 4½proz. Metalliques 25⅝. 1proz. Spanier 33⅝. 3proz. Spanier 42¾. 5proz. Russen —. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 99¼. Mexikaner 21 3/16. Wiener Wechsel, kurz —. Londoner Wechsel, kurz —. Hamburger Wechsel —. Petersburger Wechsel —. Holländische Integrale 64 13/16.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.